

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abozementopreis pro Monat inkl. Bezugserlösu 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bezugserlös 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzettelnummer Nr. 4158) vierfachjährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Briefporto.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schöenlau.

Inserate werden die gehaltene Zeitzeile oder deren Blatt mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelte 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 22. Juli.

Ergötzlich sind die gesetzgeberischen Versuche, das Handwerk einheitlich organisieren zu wollen. Sie sind bisher gescheitert, auch die neueste Zwangsbinnungs-Vorlage, eine Hinterlassenschaft des Herrn von Berlepsch, dürfte ebensoviel existenzfähig sein wie sein voriger Entwurf. Wenn man nicht möchte, daß sowohl die Regierung wie die verschiedenen bürgerlichen Parteien nur aus politischen Motiven die Handwerkerfreundlichkeit soweit treiben, daß sie allen Voransezungen zum Trotz das Unmögliche möglich machen wollen, nur um einem Bruchteil der Handwerker gefällig zu sein, so würde man das thörichte Beginnen, die Handwerker zu organisieren, nicht verstehen. Wie nimmt es sich aus, wenn der ausgesprochene Vertreter des Großfabrikantums, Herr von Stumm, für die neuesten Organisationspläne, mit denen das Handwerk zwangsläufig belästigt werden soll, in seiner Presse eintritt? Welcher vernünftige Mensch kann glauben, daß Geschäftsleute, die ökonomisch die widersprechendsten Interessen zu vertreten haben, und die sich gegenseitig durch die schärfste und persönlichste Konkurrenz bekämpfen müssen, in Zwangsummungen verbunden die gemeinsame Kräftigung einer untergehenden Betriebsform herbeiführen könnten. Nur demagogisches Wahnsinn um die Gunst der zahlreichen Handwerkerschichten macht solch ein Verhalten der Handwerkerfrage gegenüber begreiflich.

Das Handwerk ist eine im Untergang begriffene Betriebsform. Das gibt die nationalökonomische Wissenschaft jeder Richtung heutzutage ohne bemerkenswerte Einschränkungen zu. Selbst ein Mosche sprach ganz allgemein den Satz aus, daß in den Gewerben, wo die Fabrik mit dem Handwerk zu konkurrieren beginne, der Sieg der ersten von vornherein entschieden sei. Nun, der Kreis von Gewerben, in denen die Fabrik noch nicht mit dem Handwerk konkurriert, ist ein sehr kleiner. Nach Sinzheimer's Untersuchungen sind es nur kleine Winkel des deutschen Gewerbes, im ganzen etwa 71 000 beschäftigte Personen umfassend, die dem mittelbaren und unmittelbaren Wettbewerb der Großbetriebe 1882 in Deutschland noch nicht ausgesetzt waren; auf die übrigen Handwerksgebiete breite sich der Großbetrieb immer rascher aus. Und für die Inhaber dieser mit dem Großbetrieb und gegenseitig im Konkurrenzkampf liegenden Handwerksbetriebe will man eine Organisation schaffen, durch die das Handwerk gestützt werden soll. Man nehme einmal die Schuhmacher und lasse sich zeigen, wie diese kleinen Meister sich gegenseitig die Kunden abjagen, nur um existieren zu

können. Diese Leute, die sich gegenseitig das Brot nicht gönnen dürfen, will man nun in Innungen oder Handwerklämmern zusammenpinnen und glaubt, dann würden diese sich befriedigen und einander sich vernichtenden Handwerksmeister plötzlich aus ihrer Haut herausfahren und sich gegenseitig kräftigen können. Organisieren kann man Personen; die gemeinsame Interessen haben; dort kann man den an und für sich schon vorhandenen Drang nach Organisation verallgemeinern und den Einzelnen zum Beitritt zur Organisation drängen; aber Elemente, die sich gegenseitig ausschließen, von denen das eine des anderen Feind ist, zusammensetzen zu wollen, ist eben von vornherein Unvernunft.

Wir haben das beste Beispiel an Österreich. Dort sind sogenannte Gewerbegenossenschaften vorhanden, die die Organisation des Handwerks darstellen, und die berufen sind, die Standesinteressen der Kleingerwerbetreibenden zu vertreten; sie sollen die Konkurrenzfähigkeit, die Tüchtigkeit des Gewerbes heben und den Gemeinsinn steigern. Schön diese allgemeinen Gedanken verraten, daß man bestimmte Zwecke für die Tüchtigkeit dieser Organisationen festzusetzen gar nicht in der Lage war. Thatsächlich haben diese Gewerbegenossenschaften auch gar nichts geleistet. Das österreichische Handelsministerium äußerte sich dahin, daß bei den bestehenden Gewerbegenossenschaften sich die Tüchtigkeit vielfach auf Einhebung der Beiträge und Umlagen beschränke. Das ist eine Charakteristik, wie sie schärfer nicht gegeben werden kann, und sie ist um so wertvoller, als es eine offizielle Publikation ist, in der wir sie finden.

Trotz alledem aber — gequacksalbert soll auch in Deutschland werden. Nur so ist es verständlich, wenn das Organ des Freiherrn von Stumm, die Post, der Regierung den Rat erteilt, sie solle neben der Zwangsorganisation auch den Befähigungsnachweis zur Probe einführen, damit die Handwerker nach einiger Zeit sehen könnten, daß weder Zwangsorganisation noch Befähigungsnachweis den Handwerkern helfen kann. Wenn die Gesetzgebung heute nun einmal nichts anderes sein soll als eine Experimentiermaschinerie, so ist allerdings zuzugeben, daß die Einführung des Befähigungsnachweises schließlich eine energischere und aussichtsreichere Maßregel darstellt wie die Zwangsorganisation. Durch den Befähigungsnachweis erhielten wenigstens die Handwerksmeister eine Waffe gegen die Konkurrenz im eigenen Lager. Aber auch hier zeigt uns ja Österreichs Beispiel, daß auch der Befähigungsnachweis mehr Uebel im Gefolge hat und für das Handwerk verhindernd wirkt als die freie Konkurrenz. Dort haben die Handwerker den Be-

fähigungsnachweis seit 1883, aber die gehofften Folgen sind nicht eingetreten und die Regierung hat auf Grund zwölffjähriger Erfahrung erklären können: „Bei der auch in das Kleingewerbe eingedrungenen Arbeitsteilung ist es bei vielen Gewerben überhaupt unmöglich, einen Befähigungsnachweis zu erbringen.“ Die gegenseitige Konkurrenz unter den Handwerksmeistern einer Branche ist immer toller entbrannt, einer sucht den anderen in seiner Tätigkeit zu beschränken und lachend über die streitenden Handwerksmeister entwickelte sich fast und munter der Großbetrieb. So wurden fast in jeder Branche Kämpfe geführt, welche Arbeiten ein Handwerksmeister ausführen darf und welche nicht.

Sehr bezeichnend ist der Kampf, der um die Herstellung eines Wagens geführt wurde. Die Gewerbetreibenden erklärt, eigentlich müsse der Wagen vom Wagner zum Sattler, vom Sattler zum Lackierer gebracht werden und so fort. Man hat also verlangt, daß sich in die Herstellung des Wagens zu teilen hätten die Unstreicher, Lackierer, Tapzierer, Sattler, Wagner, Schlosser, Schmiede u. s. w. Doch gilt das nur für die Kleinmeister; den großen Wagenfabrikanten geht der Kampf nichts an, er vereinigt alle Kategorien von Handwerkern bei sich. Dieser Streit über den Umfang der Gewerbegerechtsame ist eine Folge des Befähigungsnachweises und macht das Handwerk noch rascher existenzfähig als ohne diese Streitereien. Aber: was nützen, wie gesagt, alle Erfahrungen? Der Mittelstand muß poniert werden, damit er nicht in ein radikales Fahrwasser gerät. Und dabei sorgen die guten Freunde des Handwerks dafür, daß diese untergehende Betriebsform ja aus dem Negan in die Dachtraufe kommt. Die gesetzgeberische Experimentiererei ist in einer Übergangsperiode wie der unserigen in der Natur der Verhältnisse gelegen und wenn schon gesetzgeberisch gesündigt wird, dann nur nicht zuge: das ist bei uns so Sitte.

## Politische Übersicht.

Der Hannoversche Kurier, der manchmal mit vertraulichen Nachrichten von der Regierung begnügt wird, erhält wieder eine Botschaft aus Berlin, in der es als notwendig bezeichnet wird, daß diejenigen, die für den Ausbau der Flotte eintreten, sich auch bereit erklären, für die Errichtung neuer Steuerquellen zu sorgen. Und für nichts anderes als eine Besteuerung des Bieres wird Propaganda gemacht. „Wer dieses Ziel im Auge hat“, so heißt es da, „und auch die Kraft besitzt, es zu erreichen, mag immerhin hervortreten. Besitzt er diese Kraft nicht, so mag er bedenken, daß sich die radikale Opposition im Hinblick auf die näher rückenden allgemeinen Wahlen gar keine bessere

## Seuilleton.

Mordlust verboten.

### Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Von Liebe fühlte ich nichts, fuhr Antonie fort, ich habe keinen Augenblick daran gedacht, ob ich an der Seite meines Mannes glücklich sein könnte; ich wußte nur, daß wir viel miteinander reisen würden. Das war die einzige Bedingung, die ich gemacht hatte. Und gereift sind wir denn auch — aus einem Bad in das andere, und keines konnte dem armen Manne die verlorene Gesundheit wieder bringen; und so sind wir herumgereist, ein, zwei, drei Jahre lang und mit jedem Jahre wurde er düsterer und verschlossener und ich — nun ich war jung und lebenslustig und hatte nicht geheiratet, die Krankenwärterin eines Mannes zu sein, den ich nicht liebte, und der auch nicht einmal geliebt sein wollte. Das hat er mir oft selbst gefragt. Dann ist er gestorben. Ich hatte keine andere Empfindung, als daß er nun von seinen Dualen erlost sei und ich von der Dual, Zengin dieser Dualen zu sein. Heiraten wollte ich nicht wieder, denn wenn ich die Männer vorher nicht verachtet hätte, so verachtete ich sie jetzt. Ich brauchte sie nur als Spielwerk meiner Laune — und ich sagte Ihnen schon, daß ich keine Grundsätze hatte, als nur den einen, das Leben zu genießen, wie ich konnte und mochte.

Antoniens Stimme zitterte, als sie das sagte, und ihr Atem slog, als sie leise, hastig und abgebrochen, wie jemand, der unter heftigen Schmerzen zu sprechen gezwungen ist, flüsterte:

Ich habe nie an Liebe geglaubt — nie — nie — bis es zu spät war.

Sie seufzte tief und strich sich mit den Händen über Stirn und Augen, dann erhob sie sich. Münzer war ihr gefolgt.

Wir wollen hineingehen, sagte sie.

Aber sie gingen nicht hinein; sie streiften wieder durch die dämmerigen Alleen, stumm und ratlos, weil beide fühlten, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, und keines den Mut hatte, dies letzte Wort, das Wort, das sie auf immer trennen oder vereinigen müßte, zu sprechen.

Endlich sagte Münzer, und seine tiefe Stimme bebte —:

Antonie, hören Sie mich ruhig an. Lassen Sie uns groß denken und handeln. Das ist schwer, aber es ist denn schließlich doch das leichteste. Sie lieben mich; Sie haben mir eben, indem Sie mir die Geschichte Ihres ungeliebten Lebens erzählten, einen Beweis dafür gegeben, wie Ihr vollwichtiger ein Weib nicht geben kann. Und ich, Antonie, ich sage Ihnen, ich habe immer an Liebe geglaubt; doch,

dass die Liebe, an die ich glaube, möglich sei — das weiß ich erst, seit ich Sie gesehen. Aber trotz alledem haben Sie recht: — es ist zu spät, für Sie und für mich. Ich kann nicht abtrünnig werden von meinen heiligsten Lieberzeugungen;

ich kann nicht fürder für Gerechtigkeit kämpfen, wenn ich selbst nicht gerecht bin; wenn ich für mich selbst nicht anerkenne, was ich die anderen lehre, daß jeder Mensch sich bescheiden muss, damit die anderen auch zu ihrem bescheidenen Teil von Glück kommen. Sieh, Antonie, wenn ich der maßlosen Leidenschaft, die mich zu Dir zieht, folgte, so würde ich die Hütte niederbrennen, in der mein Weib und meine Kinder wohnen. Ich liebe mein Weib nicht, wie ich Dich liebe, dennoch liebe ich sie; ich liebe meine Kinder nicht, wie ich weiß, daß ich ein Kind lieben würde, das Du

mir geboren hättest — dennoch liebe ich sie. Ich muß mich entscheiden, beschiede Du Dich auch.

Münzer konnte Antoniens Gesicht nicht sehen, denn der Mond war hinter eine Wolke getreten, und hohe Bäume überschatteten den Ort, wo sie standen, aber er hörte ihr leises Schluchzen. Eine unendliche Wehmut erfaßte ihn; seine Augen wurden hell, seine Brust dehnte sich, als wollte sie zerspringen:

Antonie!

Das schwne, leidenschaftliche Weib lag in seinen Armen, und ihre heißen Küsse begegneten sich.

Da tönte der helle, scharfe Ton der Glocke eines in der Nähe des Ufers vorüberbrausenden Dampfers durch die stille Nacht. Erschrocken riß sich Antonie von Münzer los und eilte — sie wußte selbst kaum, was sie that — tiefer in das Dunkel des Gartens hinein.

Münzer stand da mit hochslopsendem Herzen; ihm war es, als ob die ehele Bunge ihn in die Welt und zu seiner Pflicht zurücktriefe.

Und in diesem Augenblicke gellte durch das Blauschen der Wogen am Ufer ein Angstruf, wie eines Ertrinkenden: Hilfe! Hilfe!

Mit drei Sägen war Münzer an der hölzernen Staletthür, die wenige Schritte von der Stelle, wo er zuletzt mit Antonien gestanden hatte, aus dem Garten auf den Uferweg führte. Er sah ein kleines Boot in den Wellenschaukeln, in dem Boote ein paar kleine Knaben, die in hilfloser Angst die Arme ausstreckten, und in dem Moment kam eine noch größere Welle, das Boot tanzte und schwankte und — der eine der Knaben schoß mit dem Kopf vorüber in den brausenden Strom.

Mit einem Ruck seiner starken Arme hatte Münzer das schwache Gitter zerbrochen. Im nächsten Moment stand er

Wahlparole wünschen könnte, als sie ihr hier geboten werden würde. Entweder also mögen die Flottenenthusiasten eine lebhafte Agitation zu Gunsten der stärkeren Heranziehung des Viertels in die Hand nehmen, oder ihre Pläne einstellen."

Dem nationalliberalen Blatte wird selbst etwas schwül bei dieser Aufrüttelung, da ihm wohl auch der sehr naheliegende Gedanke gekommen ist, daß doch Flottenpläne und Viersteuer zusammen eine noch bessere Wahlparole abgeben, als ein einzelnes dieser Projekte. Von dem jetzigen Reichstag ist übrigens auf keinen Fall ein Eingehen auf neue Steuerpläne zu erwarten. Die Finanzen sind so günstig, daß nicht nur die laufenden Ausgaben ohne jede Schwierigkeit bewältigt werden können, sondern auch noch Mittel zu der geplanten Erhöhung der Beamtengehälter in Höhe von etwa 12 Millionen bereit sind. Aber wenn man willkürlich wegen unerlöser Flottenpläne und der dazu nötigen Geldern den Reichstag auflösen und eine Neuwahl riskieren will; uns soll es recht sein. Wir sind gewappnet.

### Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Zum Falle Rosenow.

■ Berlin, 21. Juli.

Das war zu erwarten. Der Fall Rosenow trägt der sächsischen Reaktionsspolitik Lobpreise in Hülle und Fülle ein. In Sachsen verstehe man, so schreiben die Berliner Neuesten Nachrichten, erfreulicherweise aus der Überzeugung, daß die Sozialdemokratie nicht als vollberechtigte Staatsbürger angesehen werden dürfen, die wünschenswerte Nutzanwendung zu ziehen. Wenn der sächsische Regierung ein solches Lob gefällt, wenn sie es nicht als die schärfste Bekleidung, wie sie stärker ein Sozialdemokrat nicht aussprechen kann, empfindet, so soll's uns recht sein. Nach Gesetz und Verfassung, nach dem ganzen bestehenden Recht ist in Sachsen jeder Staatsbürger gleich zu achten und zu behandeln. Diesen obersten Grundfaß durchzuführen, die Autorität des Gesetzes durch unparteiische Anwendung zu wahren, ist erste und heiligste Pflicht der sächsischen Regierung. Im Falle Rosenow konstatliert die reaktionäre Presse, daß man in Sachsen die Sozialdemokratie nicht als vollberechtigte Bürger ansche, daß man sie daher anders als diese behandle, kurz, daß in Sachsen die Gesetze nach dem Anschen der Person, nach seinem politischen Glaubensbekenntnis angewandt werden. Die Konstatlierung dieser Thatsache schließt eine Verleugnung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Staatsbürger in sich und wenn dafür die Sachsen noch gelobt werden, so wird dieses Lob aus reaktionärem Munde hinreichen, in den weitesten Kreisen des sächsischen Volkes, das sich glücklicherweise in immer stärkerem Grade der Sozialdemokratie hingibt, das lauteste Misstrauen über die sächsische Politik herzurollen. Vom rein parteitischen Standpunkte aus begrifflich wie eine Maßregel wie im Falle Rosenow ebenso mit geheimer innerer Freude, wie wir nach Annahme des neuen Wahlgesetzes uns über die Verklammerung des politischen Grundrechtes im Hinblick darauf freuen konnten, daß alle diese Vorstöße der Reaktion Auftrittsanlässe für das sächsische Volk sind. Wahnsinnig, der zugewaltige Agitationsstoss ginge der Sozialdemokrat manches Mal aus, wenn Regierung und Unternehmerklasse nicht von Zeit zu Zeit uns die herrlichsten Propagandawaffen in die Hand drücken. Mag sich die Unternehmerpresse der Augenblicksfeinde hingeben, daß ein sozialdemokratischer Schriftsteller wie ein Bagabund ausgewiesen wird, wir gönnen ihr den Moment der Freude. Doch wer zuletzt lacht, lacht am besten und das können wir thun. Denn einmal wird Genosse Rosenow nicht vorlaut in Chemnitz leben müssen, sondern in der großen weiten Welt den Chemnitzern zum Trost für die sozialdemokratischen Bestrebungen wirken können, sodann wird Chemnitz selbst sehr rasch wieder einen anderen sozialdemokratischen Redakteur haben, der die Thätigkeit Rosenows fortsetzt. Wozu dann die erbitternde Maßregel? Muß denn durchaus neben der natürlichen Zunahme unserer Partei noch durch eine besonders aufmerksame Behandlung sächsischer Behörden unsere Ausbreitung künftlich beschleunigt werden?

### Die Innungen in deutschen Großstädten.

Im 22. Abschnitt des statistischen Jahrbuches deutscher Städte (herausgegeben von Dr. Neff in Breslau) wird demnächst das Resultat einer Umfrage über die Innungen in deutschen Großstädten von Dr. Papst veröffentlicht werden. Die Berliner Volkszeitung ist in der Lage, schon jetzt einige interessante Zahlen mitzuteilen. Wir entnehmen ihr folgendes:

bis an die Brust im Wasser — und da tauchte wenige Schritte von ihm entfernt ein Kopf und ein Arm hervor, um sogleich wieder zu verschwinden. Mit einigen mächtigen Schlägen war Münzer über der Stelle, wo der Knabe versunken war, und da dicht vor ihm tauchte es wieder auf; Münzer ergriff das Kind, und als er es schwimmend aus dem Wasser hielt, sah er beim bleichen Schein des Mondes entsetzt das todblaße, verzerrte Gesicht seines eigenen Sohnes, seines Kindes, dessen freundliche blaue Augen ihn noch vor wenigen Stunden so froh und zärtlich angelächelt hatten.

Mit der Kraft der Verzweiflung strebte Münzer dem Ufer zu; er fühlte Boden unter seinen Füßen; er richtete sich auf, den Knaben hoch emporhaltend — der zarte Körper hing schlaff und regungslos in seinen Armen.

Münzer stand auf dem Ufer; — es war die höchste Zeit. Der feste Boden schwankte unter ihm; wie durch einen dichten Nebel sah er mehrere Gestalten auf sich zutreffen; er hörte, oder glaubte einen Schrei zu hören:

Mein Kind, mein Kind!

Dann sauste es wie eine furchtbare Windsbraut in seinen Ohren; es wurde Nacht um ihn und in ihm, und ohnmächtig sank er zusammen.

### Neunundzwanzigstes Kapitel.

Wie sehr der Stadtrat auch danach verlangte, sich mit seinem Sohne definitiv zu verständigen, so war es doch erst am Morgen des folgenden Tages, daß er sich zu einer Unterredung von solcher Wichtigkeit entschließen konnte. Gestern hatte er nicht mehr in die rechte Stimmung kommen können. Nichtsdestoweniger hatte er den Rest des Tages eifrig benutzt, um die Angelegenheit weiter zu bringen, ja, er hatte sie im Grunde so weit gebracht, daß sein Sohn,

1892 bestanden in 39 Städten 810 gewerbliche Innungen mit 67386 Mitgliedern, denen im Jahre 1893 in denselben Orten 809 mit 65784 gegenüber standen. Nur zwei Innungen (in Hamburg und Meß) wurden 1892 neu begründet, dagegen sind nicht weniger als 14 eingegangen, denen im Laufe des Jahres 1893 weitere vier folgten. Ende 1893 bzw. Anfang 1894 waren noch nur vorhanden 805 Innungen mit 65988 Mitgliedern. Also bleibt als Endresultat innerhalb zweier Jahre Verlust von fünf Innungen und 1453 Mitgliedern. Dieser Gang der Entwicklung, das heißt dieser Rückgang wird auch durch die preußische Innungsstatistik bestätigt.

Diese Zahlen sind wahrlieb nicht geeignet, einen hohen Bezug von der Bedeutung der Innungen für Großstädte zu geben; ein ungünstiges Urteil wird aber vollends begründet, wenn man den Sachverhalt in den Städten des industriell hochentwickelten Westens betrachtet: Dort ist der Bestand der Innungen fast auf Null herabgegangen. So fiel die Zahl der Innungsmitglieder in Straßburg i. E. um nicht weniger als 29 Prozent, in Frankfurt a. M. um 4,9, in Meß um 4,2 Prozent. In Straßburg besteht jetzt nur noch eine Innung (gegen drei in 1892), die noch dazu von 98 auf 66 Mitglieder herabging. Aber auch ostelbische Städte, wie Danzig, mit relativ starken Bündergeschenken weisen beträchtliche Verluste in diesem Jahre auf.

Die Angaben über die Lehrlingsziffern sind sehr unsicher, da die Innungen nicht gern mit genauen Ziffern herausdrücken.

Die Innungsschiedsgerichte sind ohne Zweifel eines der wichtigsten und am meisten zu bekämpfenden Vorrechte der Büntler. Es bestanden 77 in 24 Städten. Wie ungünstig dieses Privileg wirkt, dafür nur einige Beispiele: In Duisburg bestehen 2 Innungsschiedsgerichte für zusammen 19 Büntler, die nicht einen einzigen Fall zu schlichten hatten, in Borsigwalde ebenfalls zwei für 69 mit gleicher Wirkung, in Wiesbaden eins für 37 und so fort. Über 1000 ihnen angegliederte Mitglieder sind überhaupt nur in drei Städten vorhanden. Es wäre Zeit, damit aufzukommen.

In 82 Städten sind 161 (gegen 147) Fachschulen vorhanden, die von den Innungen unterhalten bzw. unterstützt wurden. Es waren das 23 (gegen 18) Prozent der bezüglichen Innungen. Auch das ist gänzlich ungünstig, wie wir kürzlich erst für Berlin nachgewiesen haben. Die gesamte Aussage der Innungen für Fachschulwesen, die wichtigste Aufgabe derselben, belief sich auf 52517 Mr., dazu noch 5857 Mr. für sonstiges Schulwesen. Dies wäre etwa 1 Mr. auf den Kopf des Mitgliedes, eine Ziffer, die keines Kommentars bedarf.

Trotz der aus allen Angaben herausleuchtenden Wertlosigkeit des ganzen Innungswesens kommen die Behörden ihm stets bereitwillig entgegen mit Gewährung der in der Gewerbeordnung vorgelebten Privilegien; so sind besonders die Vorrechte aus § 100s 1 und 2 (Entscheidung der Streitigkeiten mit Lehrlingen durch Innungsbüroden, Vorschriften über Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge u. s. f.) in sehr starker Ausnahme begriffen.

Über alle Förderungen und Privilegien werden eines nicht verfügen, nämlich die Rettung des Handwerks vor der Vernichtung durch die industrielle Entwicklung — trotz allem und allem.

\* Berlin, 22. Juli. Über die Neuregelung der Kommandoverhältnisse bei der deutschen Schutztruppe und über ihre Unterstellung unter den Gouverneur oder Landeshauptmann der Kolonie wird die in der Bildungskommission vom Kolonialamt in Aussicht gestellte kaiserliche Verordnung nunmehr vom Reichsbanzeiger veröffentlicht. Die Verordnung bestimmt: Da in den ostasiatischen Schutzgebieten zur Verwendung gelangenden Schutztruppen werden dem Reichskanzler unterstellt. In weiterer Folge unterstehen sie dem betreffenden Gouverneur oder Landeshauptmann, und demnächst dem Kommandeur. Ob und inwieweit diese Unterstellung unter den Gouverneur bzw. Landeshauptmann eintretenden Falles auf deren Stellvertreter überzugehen hat, bestimmt der Reichskanzler.

Die russische Grenze ist, wie die Oberschl. Btg. aus Gleiwitz meldet, seit Montag früh gegen Einfuhr von Schwarzblech vollständig gesperrt worden.

Mit dem Maximalarbeitsstag im Bäckereigewerbe beschäftigte sich am Montag eine große Versammlung der Bäckermeister der Berliner Innung Germania. Herr Winkler, Vorstandsmitglied, teilte mit, daß er eine Audienz bei dem Unterstaatssekretär Voßmann gehabt habe. Dieser habe seine Zustimmung darüber ausgedrückt, daß die Bäckermeister gegen den

wenn er den Vater nicht geradezu Blögen strafen wollte, genau so handeln müsste, wie der Vater es wünschte. Und das war eben die Absicht des Stadtrates gewesen. Ich muß ihm mit meinem selbständigen Vorgehen imponieren; wenn er nicht mehr zurück kann, muß er vorwärts.

Das war nun alles wohl recht gut; aber das schwerste blieb noch übrig. Herr von Hohenstein hatte das in diesem Augenblick doppelt drückende Bewußtsein, daß er von jenseits mit seinem Sohne in den wenigsten Fragen — und in den wichtigsten am allerwenigsten — übereinstimmt hatte. Und doch hing von dieser Übereinstimmung jetzt geradezu alles ab.

Wenn er nun Nein sagt? fragte sich der Stadtrat, während er sein Zimmer abschloß, um sich zu seinem Sohne hinaufzubegeben, und bei diesem Gedanken kam eine Jagdhoffigkeit über ihn, die alles schon Errungen wieder in Frage zu stellen schien.

Aber die Zeit drängte; in einer Stunde konnte — der gestrigen Verabredung gemäß — die Präsidentin mit ihren Töchtern kommen, um sich nach dem Befinden des lieben Kranken zu erkundigen. Bis dahin mußte aber doch alles geordnet sein.

Der Stadtrat nahm alle seine Kraft zusammen — das hohe Spiel, das sich bis jetzt so glücklich angelassen hatte, mußte zu Ende geführt werden.

Während so von allen Seiten an dem feinen Netz, in welchem sich Wolfgang fangen sollte, von klugen Händen eifrig gespannt und geschnürt war, hatte der Abnungsloose sich die Einigkeit seiner Krankenstube mit den freundlichsten Bildern geschmückt.

(Fortsetzung folgt.)

Maximalarbeitsstag agitierten und gesagt, es wäre richtiger, mit gutem Willen vorzugehen, dann würde man schon einig.

Also wieder ein verdammenswürdiger „Feind des Handwerks“ in der Regierung entdeckt. Die Erwähnung des Unterstaatssekretärs ist so überaus vernünftig, daß sie schon deswegen von den Innungsbüroden bekämpft wird: Unsinn ist ihre Lösung. —

„Die weiß sie das nichts angeht.“ Gegen die Ausschließung der Pastoren vom politischen Leben wendet sich Stöcker in seinem neuen Parteigründungsaufruf mit folgenden Worten: „Dem Geistlichen kann es unter Umständen zur unwiderstehlichen Pflicht werden, persönlich in den Kampf für die spirituellen Lebensmächte einzutreten, Gleichgesinnte zu sammeln und sowohl die evangelischen Arbeitervereine wie die Werke der inneren Mission im Sinne kirchlich-sozialer Thätigkeit zu pflegen.“

Noch ein König. Die Neue Badische Landeszeitung enthält in ihrer letzten Nummer folgende Nachricht: „Die seit einiger Zeit umgehenden Gerüchte, unsern Großherzog werbe ans Anlaß seines 70jährigen Geburtstages eine außerordentliche Ehreng. zu teilen werden, indem er zum König von Baden ausgerufen werden soll, beruhen nach eingezogenen Erkundigungen, die Ihr Gewerksmann schon vor Wochen unternommen, vollständig auf Wahrheit. (1) Ein großer Teil der Vorarbeiten, die mit diesem Schritt selbstverständlich notwendig werden, ist schon getroffen.“

Die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung schreibt: Die Verweigerung der Selbstbeschäftigung für Kauffmann und Block beruht anscheinend auf einer Verfügung des Ministers des Innern v. d. Recke. Diesem sind die beiden Gefängnisanstalten in Münster und Hamm in leichter Instanz unterstellt, nicht wie die Gefangenengänge der Staatsanwaltschaft und oberinstanzlich dem Justizminister. Die Verfügung des Ministers des Innern ist wahrscheinlich eine generelle.

Das genannte Blatt berichtet schon früher, daß die Gefangenendirektion in Münster den Antrag auf Selbstbeschäftigung Blocks unter Hinweis auf einen ministeriellen Erlass abgelehnt habe.

Bei der Reichstagswahl in Bönenberg sind nach dem nunmehr amtlich ermittelten Wahlergebnis 10782 Stimmen abgegeben worden, wovon 19 als ungültig erklärt werden mußten. Von den gültigen 10763 Stimmen entfielen auf Major Voß 5966, auf den Grafen Nostitz 4797, wonach erster mit einer Mehrheit von 1169 Stimmen gewählt ist.

Elf Studenten an der Universität Rostock sind wegen Zweikampfes mit je drei Monaten Festungshaft bestraft. Die Studenten hatten am 31. Januar und am 1. Februar eine Schlägermensur im Lokale eines Gastwirtes zu Gehlsdorf bei Rostock ausgefochten. Das Landgericht zu Rostock verurteilte jeden der Studenten zu drei Monaten Festungshaft, der Wirt des Lokals, in dem die Mensuren statigfunden, erhielt wegen Beihilfe zum Zweikampfe fünf Wochen Festungshaft.

z. Breslau, 21. Juli. Der freisinnige Magistrat dieser Stadt hat das von der Stadtverordnetenversammlung den in der zweiten Steuerstufe zahlenden Arbeitern gewährte Gemeindewahlrecht einem erheblichen Teile dieser neuen Wähler verföhnt, indem er alle diejenigen, die erst mit Beginn des neuen Steuerjahrs in der höheren Stufe zahlen, in die Wählerliste nicht aufgenommen hat. Der Magistrat legt die etwas unklaren Bestimmungen der preußischen Städteordnung, dahin aus, daß das Wahlrecht erst erworben werde, wenn seit einem Jahre die daselbst bedingenden Gemeindeabgaben gezahlt sind, während man bisher davon ausging, daß die Veranlagung zu der entsprechenden Steuer für das Steuerjahr, in das die Wahl fällt, vollkommen genüge. Den Standpunkt des Magistrats verteidigt mit großem Eifer die freisinnige Breslauer Zeitung, während die Volkswoche im Bunde mit der gleichfalls freisinnigen Breslauer Morgenzeitung energisch für die Rechte der ihres Wahlrechts Verantwördten eintrete. In den Kreisen der Arbeiter herrscht Erbitterung über die Maßnahmen des Magistrats, was um so erklärlicher ist, als viele Arbeiter sich freiwillig von der untersten in die zweite Steuerstufe versetzen ließen, um so das kommunale Wahlrecht zu gewinnen, sich nun jedoch um die Frucht ihres Opfers betrogen sehen. In den Kreisen unserer Stadtviertel ist der Ärger auch groß, denn nun müssen Magistrat und Stadtverordnetenkollegium im heißen August die schönen Ferien unterbrechen, um über die zahlreichen Proteste und Reklamationen der Arbeiter zu beraten. Uebrigens agitiert die Auffaere, einerlei, wie sie in letzter Instanz aussfallen mag, für die sozialdemokratische Partei nicht übel.

### Oesterreich-Ungarn.

Regierung und Kapital.

Die Aussperrung in Neunkirchen hat mit zwei Episoden geschlossen, die schärfer als die längsten Auseinandersetzungen die sozialpolitische Gesinnung der österreichischen Verwaltung charakterisierten. Die Versammlung der Arbeiter wurde verboten, weil sie „Verunreinigung“ in jene Kreise der Arbeiterschaft hätte tragen können, die bereits die Arbeit angenommen hatten, und eine Deputation der Industriellen stattete dem Bezirkshauptmann den Dank für seine zum Schutz der Industrie getroffenen Maßnahmen und seine Umsicht ab. Wenn die Behörde auf etwas Unprach hat, so ist es auf die Anerkennung und auf den Dank der Neunkirchner Industriellen; sie hat in den „lebten bewegten Tagen“ nichts unterlassen, was geeignet schien, die Arbeiter zu beunruhigen und einzuschüchtern.

### Schweiz.

Vom Grütliverein.

Am 18. und 19. Juli fand in Bözingen die jährliche Delegiertenversammlung des schweizerischen Grütlivereins statt. Sie war von 167 Delegierten aus 180 Sektionen besucht. Von wichtigeren Beschlüssen seien hervorgehoben: Unterstützung der Bantvorlage, Initiative für Revisions des Fabrikgesetzes. Dem Centralkomitee wurde zur Verantwortung und Antrag ein Wunsch überwiesen, betr. tägliches Erscheinen des Grütlians und Unterstützung der schweizerischen Arbeiterblätter. Dem Centralkomitee wurde das Recht eingeräumt, von sich aus Mitglieder auszuschließen. Die Grütliankasse wird einer Neorganisation unterzogen. Als Vorort für den Hauptverein bleibt Winterthur, für die Grütliankasse wird Glarus bestimmt.

### Großbritannien.

Anfang des Prozesses gegen Dr. Jameson. — Die drei Richter. — Die wahren Schuldigen in Afrika und London.

z. London, 20. Juli. Heute fängt vor dem Kriminalgericht das Prozeßverfahren gegen Dr. Jameson und seine vier Spießgesellen an. Unter den drei Richtern, welche das Verfahren leiten, ist Lord Russell of Killowen, der Vordoberrichter

von England, ein irischer Katholik, dem Gladstone vor Seiten die Stelle eines Lordkanzlers zugeschafft, die befamlich laut Landesgesetz nur von Protestanten besetzt werden kann; denn der Lordkanzler hat das Gewissen des Monarchen in seiner Verwahrung, und das Amt darf daher kein Katholik besetzen. Da die von Gladstone zum Zweck der Abschaffung dieser Einschränkung eingebrachte Bill vom Parlament verworfen wurde, belohnte er den großen Abvoltaten, den Charles Stuart Parnell, vor der berichtigen Kommission mit so großem Geschick vertheidigte, mit dem Amt des Vordoberrichters, von dem Lord Coleridge im rechten Augenblick zurücktrat. Der zweite Richter in diesem malerischen Trio ist der Baron Pollock; jedermann kennt die hagere Gestalt, mit dem pergamentfarbenen, mageren Gesicht, den tiefgesunkenen Augen. Man kann ihn jeden Abend hoch zu Pferd auf der Altmühle bei Wimborne sehen, wo er gewöhnlich in Gesellschaft einer seiner hageren, mageren Töchter sich zu Pferde umherumreitet. Während Lord Russell Mennypferde liebt, von denen er ein großer Kenner ist, hält sich Baron Pollock nur Steitpferde. Er ist sehr konservativ in seinen Anschaunungen, wie in den im Frühjahr abgehaltenen Prozessen wegen Bestechung in den Parlamentswahlen klar zu Tage trat. Baron Pollock hat bereits die ihm zu einem schönen Ruhgehalt berechtigenden 15 Jahre auf der Richterbank überstritten. Auch sein "Bruder" Hawkins ist ein alter Richter, der sich unter dem Volk des Südens als hanging judge erfreut, wohl weiß er, dem oft in den Londoner Assizes der Vorwitz ausfällt, mehr als andere Richter des Kriminalgerichtes in die Notwendigkeit verkehrt wird, die schwarze Wut sich über die Ohren zu stülpen, als Zeichen, daß der Angeklagte an den Galgen muss. Er gilt als ein strenger Richter.

Strenge oder nicht streng, das gegen Dr. Jameson eingeleitete Gerichtsverfahren ist nur eine Halbeheit, eine widerstreuige Posse, die das geflügelte Werkzeug bestrafen wird für die Sünden des Hauptschuldigen, des Expremiers der Kapkolonie Cecil Rhodes, des Exdirektors der Chartered Company, der auch als Privatmann noch immer die umfassendsten Vollmachten für diese Spekulanturbörde in den Händen hat — und ausübt. Man kann den Mitgliedern des Kapparlements wirklich nicht wohl Feindschaft gegen diesen Mann vorwerfen, der mit seinen aus den Diamantminen in Kimberley gewonnenen Millionen nicht allzu hinterher umging; aber auch seine Freunde in der Kapstadt haben in der schon früher kurz berührten Untersuchung über den Jamesonischen Unheil in ihrem Bericht die Thatsache festgestellt, daß der Expremier Rhodes die ganze Verschwörung leitete, welche den Unheil vorbereitete, daß die Beamten der Chartered Company in der Kapstadt um die Verschwörung wußten, und daß diese Beamten die Mittel für die Ausführung der bewaffneten Streitmacht mit Wissensschaften der Londoner Direktoren lieferten! Die einzige Beschönigung des unverantwortlichen Verfahrens findet die Kommission in der Thatsache, daß die bei Pitman versammelten Soldner nicht unangefochten vorließen. Da aber Jameson im Besitz einer vorausdatierten Einladung war, hatte das sehr wenig auf sich. Hoffentlich werden diese Thatsachen auch den drei Richtern vorgelegt werden, die heute den Dr. Jameson zur Rechenschaft ziehen sollen, damit der von Herzögen und Grafen umschwirte und beeinflußte Herr Chamberlain sich den nötigen Mut fassen kann, dem Cecil Rhodes und seinen Mitschuldigen in London auf den Leib zu rücken.

### Italien.

Rom, 21. Juli. Ministerpräsident di Rudini verliest in der Kammer eine Erklärung: Die Regierung habe sich nach Prüfung der Verhältnisse überzeugt, daß die legislativen Dekrete vom November 1894, betreffend die Reorganisation des Heeres, nicht zur Anwendung gelangen könnten und können und daß es außerdem nicht angebracht sei, eine andere radikale Veränderung im Heeresbestande einzuführen. Es sei daher nötig, die Dinge wieder auf den Stand zu bringen, auf dem sie sich im wesentlichen infolge der Gesetze von 1887 und 1892 befanden; die Regierung halte es jedoch für unumgänglich nötig, in das Kriegsbudget für 1897/98 die Summe von 230 Millionen lire, abgesehen von den Ausgaben für Afrika, einzufügen. Die Regierung vertraue, wenn der Friedenszustand fortduere, letztere in die Grenzen, in denen sie sich 1893 befanden, zurückzubringen. Die Männer möge sich unter Annahme des Regierungsprogramms zunächst der Regelung der sizilianischen Frage zuwenden.

### Spanien.

Madrid, 22. Juli. In politischen Kreisen kursieren Kriegerische Gerüchte. Canovas ist fest entschlossen, sein Amt niederzulegen, wenn es den Liberalen gelingen sollte, seine Finanzreformen zu Fall zu bringen.

Der am Dienstag tagende Ministerrat beschloß trotz der Obstruktion der Liberalen und Karlisten, die Finanzgesetzwürfe aufrecht zu erhalten. Man erwartet in den Cortes einen sehr lebhaften Kampf und endlose Debatten.

### Slavonien.

Nach einem Telegramm aus Christiania verwarf der Storting mit 58 gegen 56 Stimmen die Verlängerung der intermissionischen Erhöhung des Zuckerrolls, verwarf einstimmig die Verlängerung des erhöhten Petrolzolles und schied mit 74 gegen 40 Stimmen die Einführung eines Fleischzolles ab.

### Türkei.

#### Von Kreta.

Der kretischen Nationalversammlung wohnten auch die muslimischen Abgeordneten bei. Die Versammlung nahm die Ernennung verschiedener Kommissionen vor und wird nach der heutigen Sitzung bis zum Eintritt der Antwort der Pforte auf die Reformvorschläge der Kretenser nur noch der Form nach tagen. Seit Sonnabend ist kein Zusammensein zwischen türkischen Truppen und Austrändischen vorgekommen.

### China.

#### Chinesisch-japanischer Handelsvertrag.

Der Handelsvertrag zwischen China und Japan wurde am 21. d. M. in Peking unterzeichnet. Er enthält 29 Artikel und sieht auf dem Vertrage von Shimoneschi. China gesteht Japan die Rechte der meistbegünstigten Nation zu. Japan verweigert die Bezugnahme Chinas gegenüber. Japan erhält die Erlaubnis, in China Faktoreien anzulegen, jedoch sind die Ergebnisse steuerpflichtig. Bezüglich der Faktoreien selbst ist noch nichts bestimmt. Die Export- und Import-Zölle bleiben unverändert.

### Südafrikanische Republik.

Das Londoner Blatt Daily Telegraph meldet aus Pretoria vom 20. d. M.: Die Regierung der Südafrikanischen Republik wird, wie man glaubt, der Chartered Company demnächst ihre

Entschädigungsansprüche für den Einfall des Dr. Jameson überreichen.

### Berbandstag der Sächsischen Innungen.

Den 9. Berbandstag hielt am Sonntag der Sächsische Innungsverband in Dresden ab unter Anwesenheit von 134 Vertretern von etwa 200 Innungen, sowie von Vertretern der Regierung, der städtischen Behörden und der Handelskammern von Dresden, Leipzig, Plauen und Bautzen. Auch eine Anzahl Landtagabgeordnete war anwesend, so der große Handwerksfreund Dr. Mehnert u. a. Der Berbandstag diskutierte zunächst über zwei Anträge der vereinigten Schmiede-, Schlosser- und Bildhauer-Innung zu Bautzen. Der erste Antrag, der Berbandstag wolle beschließen, bei dem Ministerium vorstellig zu werden, daß der freiändige Einzelverkauf von Schlüsseln entweder verboten oder dieser doch mindestens in Fällen, wo Missbrauch mit den Schlüsseln getrieben wurde, unter dieselben Strafbestimmungen gestellt werde, wie die Schlosser-, wurde einstimmig angenommen. Ein anderes Gesetz, der zweite Antrag: "Der Berbandstag wolle beschließen, das Ministerium zu ersuchen, außer den in Dresden bestehenden, auch in anderen Landesteilen Handbeschlagschulen, beziehungswise Lehrwerkstätten zu schaffen, da der Bebau der Dresdener Lehrschnieden aus entfernt gelegenen Orten zu kostspielig und zeitraubend ist." In der Debatte wurde die Ansicht laut, daß durch Annahme dieses Antrages sich die Schmiede-Innung eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz schaffe, da mit jeder neuen Lehrschmiede auch das Material an Pferden für den Handbeschlag geschaffen werden müsse, wodurch den Schmieden die Arbeit entzogen werde. Dieser Ansicht wurde mehrfach zugestimmt, so daß Herr Geh. Reg.-Rat Jörckert-Schubauer seine Verwunderung aussprach. Er erklärte, die Begründung dieser Ansichten beruhe vielfach auf Missverständnissen, man habe Prüfungs- mit Lehrzeit verwechselt. Der Kursus zur Errichtung des Handbeschlags nehm in Bautzen vier Wochen, in Dresden vier Monate in Anspruch. Alle anderen Handwerker seien froh, wenn der Staat ihnen zu ihrer Ausbildung Institute schaffe, so daß es ihm nicht erfährt ist, wie sich Mitglieder der Schmiede-Innung gegen die Errichtung neuer Lehrschmieden durch den Staat aussprechen würden. Die jetzt bestehenden Lehrschmieden seien überfüllt; aus dieser Thatsache ergebe sich das Bedürfnis an weiteren Lehrschmieden. Trotz dieser Aussführungen lehnte die Versammlung den Antrag der Bautzener Innungen ab.

Die Diskussion über den von den sächsischen Kammern angenommenen Antrag, der die Regierung ermächtigt, landwirtschaftlichen und gewerblichen eingetragenen Genossenschaften Darlehen bis zum Gesamtbeitrage von zwei Millionen zu einem möglichst niedrigen Zinsfuß zu zuführen, zeigte die Innungsmänner wieder in ihrer ganzen Ohnmacht. Der Referent hatte den Antrag befürwortet und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung die Befürwortung, die sie den landwirtschaftlichen Verbänden gemacht habe, auch den gewerblichen Innungsverbänden zugestehen werde. Dr. Mehnert stellte die Erfüllung dieser Hoffnung in das Bereich der Möglichkeit, wenn die einzelnen Innungsverbände mit Dringlichkeit und Energie auf dieses Ziel hinarbeiten. Er mahnte, diese Angelegenheit nicht kurzerhand abzuweisen, sondern zu versuchen, die Ausführung dieses Plans durch Zusammenschluß der Innungen zu Genossenschaften zu ermöglichen. Als der Verhandlung wurden Stimmen gegen Durchführung dieses Plans laut, weil die Handwerker nicht Eigentümer wie die Landwirte seien, das Handwerk könne der Regierung demnach nicht die gesuchte Sicherheit für das zu leihende Kapital geben. Ein großer Teil der Innungen steht dem Genossenschaftswege militärisch gegenüber, weil das Handwerk durch dieses ruiniert worden sei, man brauche nur an die Konsumenten zu denken. Dann aber mache auch die leichte Erlangung von Kredit leichtsinnige Handwerker. Ein pünktlich zahlender Handwerker erholt heute noch Kredit. Der Regierungsvorsteher erklärte, die Regierung fordere keine Sicherheit durch Hypotheken, sondern den Zusammenschluß zu Verbänden, die der Regierung die genügende Sicherheit böten. Ein Redner erklärte die Beschaffung von Staatskredit zur Aufschaffung von Hilfsmaschinen für das Handwerk bedenklich, da diese Maschinen das Handwerk ruinieren. (II) Es wurde schließlich beschlossen, zur praktischen Beratung dieser Materie und zur Prüfung der Vorteile für das Handwerk eine Kommission zu wählen, die beantragt wird, im Interesse für die Gründung gewerblicher Genossenschaften zum Zwecke der Durchführung des landständischen Antrages in Handwerkerkreisen zu werben und zu fördern.

Auch die Diskussion über die Errichtung von Bauhofbüros zum Schutz der Bauhandwerker zeigte die gleiche Erfahrung. Von der einen Seite wurde die Errichtung solcher Lemter für überflüssig, von der anderen Seite für wünschenswert bezeichnet. Angenommen wurde der Antrag, der Berbandstag wolle die Errichtung dieser Lemter befürworten, da die Hypothekenbuchführer den Bauhandwerkern einen Einblick in die Grundbücher nicht gestatten, dies vielmehr erst durch das Bauhofbüro ermöglicht werde. Dem Bauherrn, der Geld habe, werde durch das Bauhofbüro kein Hindernis in den Weg gelegt, wohl aber denjenigen, die kein Geld haben, und das entspreche den Wünschen der Bauherrn. Und so wurde ein Antrag angenommen, das Ministerium zu ersuchen, den Arbeitsnachweis für alle Branchen den Innungen zu überlassen.

Der Achtuhrt-Baudenschluß fand natürlich keine Gnade. Man stimmte einem Antrage zu, an die gesetzgebenden Körperschaften eine Eingabe zu richten, in der der Berbandstag sich gegen jede gesetzliche Beschränkung der Geschäftszzeit an Wochentagen ausspricht und es der Reichsregierung überlässt, auf anderem Wege für das Wohl der Handlungsbefreiungen zu sorgen. Die neuen Bestimmungen seien nicht zum Schutz der Handlungsbefreiungen getroffen, denn sie lassen deren Beschäftigung nach erfolgtem Baudenschluß noch zu wichtigen Geschäften zu. Die Handlungsbefreiungen möchten sich mit den Geschäftsinhabern in Verbindung setzen, dadurch werde am schnellsten Abhilfe geschaffen.

Die gesetzlichen Bestimmungen über den Betrieb in den Bäckereien wurden selbstverständlich als schädigend für das Bäckerhandwerk bezeichnet und man sprach die Überzeugung aus, daß dieses Gesetz deshalb nicht lange bestehen werde. Es wurde ein Antrag angenommen, obgleich der Vorsitzende auf dessen völlige Aussichtlosigkeit hinwies, beim Bundesrat vorstellig zu werden, daß das Gesetz zurückgenommen, oder zweckentsprechend durch einen Wochenturillus von 84 Stunden abgedeutet werde.

Der Geschäftsbericht zeigt, daß dem Verbande 285 Innungen mit gegen 10000 Mitgliedern angehören.

Das Resultat der Verhandlungen ist gleich Null. So lange die Leute das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise nicht begreifen und ihre Maßnahmen entsprechend einrichten, werden sie nie über die Klagen des untergehenden Handwerks hinauskommen.

### Die Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Fabrikarbeiter.

(Schluß)

Vormittagssitzung vom 18. Juli.

Die Protokolle der gestrigen Sitzungen werden verlesen und genehmigt. Darauf tritt man in die Debatte über den von Brandenburg gestellten Antrag ein, "die Beiträge an die Generalkommission nachzuzahlen". Der Antrag wird in nameiner Abstimmung mit 39 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Folgender Antrag findet Annahme:

Der Vorstand wird beantragt, eine Agitation unter den Gewerkschaften zu dem Zweck zu enthalten, eine gemeinsame, möglichst gleichartige Organisationsform zu schaffen und erachtet die Generalversammlung, um diesen Zweck zu erreichen, es für praktisch, dem nächsten Gewerkschaftskongress eine dahingehende Tagesordnung zu unterbreiten.

Sodann wird dem Vorstand gegen 7 Stimmen, dem Ausschuß gegen 8 Stimmen Decharge erteilt.

Darauf wird eine Wahlkommission für die Wahl des Vorstandes und Ausschusses gewählt. Buerk wird als Vorsitzender des Vereins Kollege Junge-Bremen mit 39 Stimmen gewählt. Fünf Stimmentzettel sind unbeschrieben, eine Stimme erhält Hamm-Ottenstein. Als Sekretär wird gewählt Kollege Vorle-Bremen mit 40 Stimmen; eine Stimme erhält Hamm-Ottenstein; vier Zettel waren unbeschrieben. Das Amt des Kassierers wird dem Kollegen Nieder-Wesland, Bremen, mit 40 Stimmen übertragen; eine Stimme erhält Hamm-Ottenstein, 4 Zettel waren unbeschrieben. Dann wird zur Wahl des Vorsitzenden für den Ausschuß geschritten. Mit 37 Stimmen wird gewählt Kollege Meister-Hannover; sechs Stimmen erhält Drescher-Berlin; eine Stimme Hamm-Ottenstein. Die Gewählten nehmen die Wahl an. Bei der Anregung, eine Redaktionskommission zur Redigierung des Protokolls zu wählen, wird die Notwendigkeit hervorgehoben, das Protokoll in Broschürenform erscheinen zu lassen, wenn nicht umfangreiche Streichungen vorgenommen werden sollen. Allgemein wird gewünscht, daß die Verhandlungen der Generalversammlung ausführlich bekannt gegeben werden, infolgedessen beschließt die Generalversammlung im Gegensatz zu dem früheren Beschlusse, das Protokoll nicht im Gewerkschafter, sondern in einer Broschüre zu veröffentlichen. Da die Redaktionskommission werden gewählt die Kollegen Vorle-Bremen, Faure-Bremen und Blome-Bremen. Die Namen der Redner sollen beibehalten werden. In einem Schluswort hebt Kollege Meister hervor, daß die Delegierten auf sehr arbeitsreiche Tage zurückblicken könnten. Die Tätigkeit der Generalversammlung sei diesmal von besonderer Wichtigkeit, da nicht allein interne Angelegenheiten des Vereins verhandelt wurden, sondern wichtige, die gesamte Gewerkschaftsbewegung berührende Fragen wurden hier beraten. Meinungsverschiedenheiten traten scharf hervor, aber die Würde wurde nie verletzt. Die Beschlüsse werden unserer Organisation zum Segen gereichen. Kein Motto darf zurückbleiben; alle wollten das Beste, darum gehen wir in fröhlicher Eintracht in unsere Heimat. Das wird die Agitation für den Verein erhöhen und stärken. Wir trennen uns mit dem Bewußtsein, daß wir in wichtigen Fragen als Gegner zusammenkamen, jetzt aber als Freunde auseinandergehen. Die Solidarität soll uns stets leiten. Redner schließt mit einem Hoch auf die internationale organisierte Arbeiterschaft, in das die Generalversammlung begeistert einstimmt. Darauf schließt der Vorsitzende Börner, nachdem er Dankesworte an die Lokalcommission in Stuttgart gerichtet, die in lobenswerter Arbeit alle Vorbereitungen und Handreichungen bewirkte, die Generalversammlung.

### Soziale Rundschau.

Wien, 21. Juli. Eine öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher fand am Sonntag hier statt und beschloß, am Montag früh in allen den Werkstätten die Arbeit niederzulegen, in denen der Bohntarif nicht anerkannt resp. die geforderte Unterschrift nicht geleistet worden ist. Der Beschluß ist inzwischen zur Ausführung gekommen, indem der Streik begonnen wurde.

E. Barmen, 21. Juli. Hier haben sämtliche Handarbeiter der Firma Kemna, 36 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierzu ist die plötzliche Reduzierung der Höhe um 10 Prozent.

Um ein neues großartiges Handelsunternehmen wird Berlin nächstens bereitstehen. Es wird geplant, so schreibt die Post, hier ein musikalisches Kaufhaus, eine Centrale des deutschen Musikinstrumentenverkaufes zu gründen. Eine in der Musikinstrumentenbranche wohlbeliebte Firma hat zu diesem Zweck im besten Teile der Friedrichstraße ein Haus erworben und will nun in dessen vier Stockwerken ein großes Verkaufslokal aller Arten von Musikinstrumenten einrichten. Vom teuersten Konzertflügel herab bis zur kleinen Papageno-Pfeife soll alles vertreten sein und auf Lager gehalten werden, was mit der Branche in Verbindung steht. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange.

Ade, ihr Kleinhandler!

Köln, 20. Juli. Direktor Winkel von der Allright Fahrradfabrik Georg Sorge u. Comp., ein noch junger, aber desto schneidigerer Herr, hat am 1. Juli den Schlosser S. plötzlich entlassen, weil er in einer Metallarbeiterverhandlung gesprochen hatte. Als Grund hierzu ist die sozialdemokratische Aufsicht. Darauf erklärten sich acht Kollegen mit dem gemahrgelten S. solidarisch und legten die Arbeit nieder.

W. Mailand, 19. Juli. Die 500 Weberinnen der Firma Gossati in Monza nehmen morgen die Arbeit auf, da ihnen ihr Recht wurde. — Im Cotonificio Teglia bei Genova traten 800 Weberinnen in Aussicht wegen ungerechter Bestrafung zweier Arbeiter, mit denen sich alle solidarisch erklärt. Die Fabrik ist geschlossen.

Die 50 streikenden Eisengießer der Firma Vorigozzi in Mailand errangen 20 Prozent Lohnsteigerung, mußten aber in die Entlassung eines Arbeitsgenossen einwilligen. Der Aussicht dauerte 14 Tage.

Hierzu eine Beilage.



# Beilage zu Nr. 167 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch den 22. Juli 1896.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

R. Dresden, 21. Juli. Ein Prozeß, der ein recht drastisches Licht auf die „Sittlichkeit und Moral“ der besseren Gesellschaft wirft, stand heute vor dem Schöffengericht statt. Der Inhaber einer Weinstube von der Kloßstraße, Mehler, hatte drei Strafverfügungen in Gesamthöhe von 38 Mark erhalten, weil er seine Kellnerinnen zum animieren veranlaßt, eine nicht polizeilich angemeldet und schließlich einer anderen kleinen Schlafraum zugewiesen hat. Vor Gericht stellte nun Mr. alles in Abrede, behauptet sogar, daß er den Mädchen das Animieren nicht nur ständig verboten, sondern das gedruckte diesbezügliche Polizeiverbot auch in jedem seiner Weingäste groß ausgehängt hätte. Durch die Bezeugungen wird jedoch festgestellt, daß Mr. seine Mädchen nicht nur zum animieren veranlaßt, sondern sogar eine Kellnerin entlassen, weil sie einen „schlechten Wagen“ hatte, d. h. zu wenig Wein vertragen konnte und zum animieren sich zu anständig fühlte. Eine Kellnerin ist, wie sich der Amtsrichter ausdrückte, nur Statistik gewesen. Sie war hübsch und mußte oft stundenlang verschwinden, damit sich bei den Gästen die Sehnsucht rege, sie auf die ersehnte Schöne recht lange warten, während eine andere die immer lächelnd animierte. Der Geschworendirektor berief sich unwiderlegt darauf, daß die feinsten Herrschaften dort verkehrten. Die Mädchen bekommer einen „Scheingehalt“ von 10 Mark pro Monat, müssen aber erst eine — Weinprobe ablegen, um zu zeigen, was sie vertragen können. Es kamen noch in der Verhandlung Sachen zur Sprache, die so recht zeigten, wie die Mädchen, die in moralischer Beziehung jedenfalls noch tiefer stehen als die der polizeilichen Kontrolle unterstellt, von den „feinen“ Gästen behandelt werden. Der einen Kellnerin war der Name „Hans“ zugelassen worden und als der gebildet sein wollende Herr Geschworendirektor während seiner Rechtfertigung wiederholte vom „Hans“ sprach, hielt ihm der Vorsitzende, Herr Amtsrichter Bockwitz, in eindringlichem Tone vor: „Wenn solche Bräuche in Ihrer Gesellschaft üblich sind, so lassen Sie auch die Bezeichnung „Hans“ für ein weibliches Wesen in Ihrer Weinstube, ich dulde nicht, daß die Ihre Mädchen entsprechend Angewohnheiten Ihrer feinen Gesellschaft in den Gerichtssaal getragen werden.“ Nach einer sehr langen, aber interessanten Beweisaufnahme erkannte das Gericht, die ausgeworfene Strafe zu bestätigen.

Der Sächsische Militärvereinsbund hielt am Sonntag in Dresden seine diesjährige Generalversammlung ab und beriet einen Antrag auf Errichtung einer Centralstelle für Stellenvermittlung.

Aus den verschiedenen Meinungsäußerungen kristallisierte sich vor allem die auf mehrfacher Erfahrung basierende Ansicht heraus, daß die Stellensuchenden möglichst begreifliche, chancenreiche Stellen wünschen und gute Kräfte alle nach der Stadt zu kommen suchen, daß immerhin eine große Arbeitslosigkeit mit der Leitung der Arbeitsvermittelung verbunden sei und nur ein geringer Bruchteil der sich Melden den dem Bunde angehören. Vielsch wurden Bedenken laut, daß es schwer sei, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Der Referent hoffte, daß durch freie Beiträge ein Fonds werden gebildet werden können, betonte, daß man auch erzieherisch wirken könne und Leute, die zu wenig Arbeit geneigt seien, einige Zeit lang bummeln lassen solle, damit die Not sie zur Einsicht bringe. Er regte die Wahl eines Ausschusses an, der die Frage zur weiteren Beratung in die Hand nehme. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Mit der Stellenvermittlung der Kriegervereinler, auf die man so große Hoffnungen für den Bunde setzte und sie als ein neues Mittel zum Zusammenschluß der Mitglieder und zur Erwerbung neuer betrachtete, hat es demnach seinen Haken. Das die Krieger übrigens meistens wenig arbeiten und viel einheimischen wollen, ist eine charakteristische Eigenschaft alter Patrioten. Der Vorschlag des Referenten, die Leute eine Zeitlang bummeln und sie durch die Not zur Einsicht kommen zu lassen, ist ein recht zweifelhaftes Mittel, denn wer einmal die Not und ihre Ursachen kennen gelernt, der flüchtet sich in der Regel ganz wo anders hin als zu den Kriegervereinler.

Zu einem Antrag, zu beschließen, „beim Ministerium des Innern zu erwirken, daß den dem Königlich sächsischen Militärvereinsbunde angehörenden Vereinen künftig die Erlaubnis gegeben werde, an allen auf Sonn- und Festtage fallenden patriotischen Festen, Stiftungsfesten, Fahnenweihen u. d. der Ver-

eine, in den Morgenstunden sogenannte Nebenstellen abzuhalten, wie es laut Verordnung vom 5. Juli 1888 den Schuhengesellschaften gestattet ist“, führte der Referent aus, daß die Schuhengesellschaften wohl die fragliche Vergünstigung hätten, daß aber für die Militärvereine durchaus kein zwingender Grund vorliege, dieselbe auch für sich zu erbitten, umso mehr, als auf der anderen Seite die Militärvereine mancherlei Vergünstigungen genossen, welche den Schuhengesellschaften versagt seien. Das Ministerium habe erst im vorigen Jahre die weitestgehenden Vergünstigungen gewährt und es sei deshalb das Präsidium für Absehung dieses Punktes von der Tagesordnung. Die Versammlung beschloß auch einstimmig in diesem Sinne.

Es ist schade, daß man über die weitestgehenden Vergünstigungen, die den Militärvereinen gewährt worden sind, nichts Näheres hört. Die Herrschaften haben aber wahrscheinlich ihre Gründe, wenn sie darüber nichts laut werden lassen.

Zwickau, 20. Juli. Die Staatsanwaltschaft hatte im vorigen Jahre die Geschäftsbücher der hiesigen Firma C. Wilh. Stengel mit Beschlag gelegt, um zu untersuchen, ob eine eingelagerte Forderung von 80000 bis 150000 Mk. in betrügerischer Weise von den Besitzern König und Nebentisch auf die Eppendorfer Industriegesellschaft gewälzt worden ist. Wie der Liquidator der Gesellschaft mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft die Stengelschen Bücher trotz angeblich erledigten Beweismaterials wieder freigegeben, und zwar wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die flüchtigen Hauptzeugen König und Nebentisch von Buenos-Aires (Republik Argentinien), wofür sie sich gegenwärtig aufzuhalten, nicht ausgesetzt werden. Die eingeleiteten Prozesse befinden sich noch in der Schwebe.

z. Reichenbach, 21. Juli. Wie das Proletariat seine Toten zu ehren versteht, davon legte veredeltes Zeugnis ab eine nach Hunderten zählende Menge von Genossen, die am Sonntag morgen auf dem alten Friedhof ein einfaches aber würdiges Grabdenkmal für Moritz Lösser errichteten und einweihten. Lösser, ein alter Achtundvierziger, hatte sich konsequent zum Sozialismus weiter entwickelt, rief dann 1865 den Arbeiterverein ins Leben, 1867 den heute in hoher Blüte stehenden Konsumverein und war bis zu seinem 1875 erfolgten Abschluß eifrig für Propagierung des sozialistischen Gedankens im Vogtland bemüht. Negen Anteil an der Feier bekundete auch die Polizei, die, mit dem Wachtmeister an der Spitze, der Ehrengesellschaften. Vorsorgehalber hatte sie schon vorher jede Ansprache untersagt. So war es eine stille, aber doch veredelte Feier. Ehre dem Andenken des Kämpfers!

Wie wenig weit her es doch mit der so gepriesenen Bildung der sogenannten „besseren Kreise“ besteht ist, zeigt sich jetzt recht augenscheinlich in unserer Stadt. Von früh bis abend wird das Haus, in dem das wiedergefunden Bitterliche Kind sich befindet, von Mengenreichen beiderlei Geschlechts belagert und alles versucht, desselben ansichtig zu werden oder gar mit ihm sprechen zu können. Von der Kanzel herab wurde das Schicksal des Kindes besprochen, die Rede soll in Druck erscheinen. Ein Männergesangsverein verließ sich sogar dazu, dem 18-jährigen „Wunderkind“ ein Ständchen darzubringen. Demgegenüber wirkt es recht wohlthuend, daß die Arbeiter sich im allgemeinen von diesem Getriebe fernhalten.

Hallenstein, 20. Juli. Die auf Montag abend einberufene Volksversammlung wurde verboten, „weil nach den mit dem gedachten Referenten gemachten Erfahrungen die Annahme als gerechtfertigt erscheine, daß derfelbe in der betreffenden Versammlung die Gelegenheit ergreifen werde, zu Geheissüberredungen aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen“. Der Referent war Genosse Franz Hofmann, der Reichstagsabgeordnete des Kreises, der selbst also in jenem hohen Plate der Nation sitzt, wo die Gesetze gemacht werden!

Annaberg, 21. Juli. Durch die sächsische Presse machte dieser Tage die Mitteilung die Runde, daß hier Selbstschönungsbogen zur Staatseinkommensteuer vom Jahre 1893 in Fleischläden als Matrikel verkauft und auf diese Weise unter das Publikum gelommen seien, wodurch natürlich viel Aufregen erzeugt wurde. Zu dieser Mitteilung sagte das hiesige Wochenblatt: „Wie wir von zuverlässiger Seite hören, beruht die Nachricht in dieser Fassung auf Irrtum. Die Declarationslist aus dem angegebenen Jahre ruhen wohlverwahrt im Archiv der königlichen Bezirks-Steuereinnahme, das sic

nach Jahren nur verlassen werden, um der Vernichtung durch Einstampfen in einer Papierfabrik anheim zu fallen.“

Schon die Fassung dieser von zuverlässiger Seite gekommenen Nachricht mußte Bockelmann an ihrer Richtigkeit aufnehmen lassen. Denn wenn die erste Nachricht „in dieser Fassung“ nicht richtig war, so mußte sie doch immerhin etwas Wahres enthalten. Aber nach der zuverlässigen Richtigstellung war eben nicht mehr als alles falsch, so daß die erste Nachricht gleichsam als erfunden erscheinen mußte. Wie zuverlässig aber das Wochenblatt unterrichtet war, geht aus folgendem hervor:

In der letzten Sitzung der hiesigen Stadtverordneten ergriff der Stadt. Bockelmann das Wort, um Aufschluß über diese Angelegenheit zu erlangen. Er holte es gar nicht für möglich, daß so etwas vorkommen könnte; die ganze Bürgerschaft sei über solche Nachlässigkeit empört, er forderte strengste, nicht im Sande verlaufende Untersuchung. Hier sei aber nur dem Stadtrat der Vorwurf zu machen, derselbe führte das Regulativ nicht streng genug durch, nach welchem die Waren der Fleischer und Bäcker beim Verkaufe in nur reines, unbeschriebenes und unbedrucktes Papier einzuladen waren. Stadtrat Matthess teilte hierauf mit, daß die bereits eingeleitete Untersuchung bis jetzt folgendes Resultat ergeben habe: Die betreffende Liste sei, nachdem sie hinfällig geworden, von dem betreffenden Beamten in das Fach für „Verlorene Gegenstände“ gelegt und dann beim Umräumen mit anderer Matrikel in den Papierkorb geworfen worden, um später eingestampft zu werden. Beim Vortragen dieses Papierkörbes sei insofern eine gewisse Fahrlässigkeit und Unvorsichtigkeit begangen worden, als der betz. Arbeiter nicht beaufsichtigt worden sei, und es habe derselbe die Matrikel an einen Fleischer verkauft. Inzwischen den Beamten eine Schuld treffe, darüber schwiege noch die Untersuchung. Der freisinnige Stadtr. Noch war mit dieser Erklärung nicht zufrieden. In schärfsten Worten vergriff er die Nachlässigkeit auf dem Rathause mit einer etwaigen Nachlässigkeit eines Bürgers, gegen welch letzteren es dann eine große Menge Strafverfügungen gebe. Er forderte strenge Untersuchung und Bestrafung.

Es ist also Thatsache, daß hier Steuereinschätzungslisten zur Staatseinkommensteuer in Fleischläden als Matrikel verkauft worden sind. Und inzwischen den Beamten eine Schuld trifft, daß soll erst noch die Untersuchung ergeben, obgleich bereits festgestellt ist, daß die Liste in ein Fach für „verlorene Gegenstände“ gelegt worden ist. Was soll da die Untersuchung noch bringen?

## Einwohnerversammlung in Connewitz.

Am vergangenen Donnerstag hatte der Sozialdemokratische Verein Leipzig-Süd eine öffentliche Einwohnerversammlung nach der Goldenen Krone zu Connewitz einberufen. Herr Redakteur Dr. Südekum sprach über das Thema: Die Schulfrage und die geplante Errichtung einer Bürgerschule für Connewitz. Der Plan eines Neubaues des Schulbaues für Connewitz habe einen Teil der Bevölkerung dieses Ortes veranlaßt, eine Agitation für Errichtung einer Bürgerschule zu entfachen. Der andere und zwar der numerisch viel stärkere Teil aber, die Einwohnerschaft ohne Beifl., hält nur die Errichtung einer Volksschule für nötig. Um den Anwesenden den Zusammenhang dieser Einzelfrage mit den die ganze Welt bewegenden darzulegen, gibt der Referent einen kurzen Überblick über die Grundzüge unseres Volksebens. Er zeigt, wie auf dem wirtschaftlichen Gebiete eine strenge und starke Scheidung in verschiedene Interessengruppen stattgefunden habe; wie ferner gerade auf dieser Grundlage eine soziale Klassenbildung aufzubauen, wie Klassengegenseite, Klassenkampf unter ganzem gesellschaftlichen Leben durchziehe. Nach einer eingehenden Betrachtung, wie die Sozialdemokratie zu diesen Thatsachen, zumal zu dem Klassenkampfe, sich verhalte, besprach der Referent, um auf den Kernpunkt des Themas einzugehen, das Gebiet des geistigen Lebens, des Unterrichts. Er erläuterte den Anwesenden, daß, so wie wir in der heutigen Gesellschaft Klassenfeinde und Klassenjustiz haben, — sei doch das erst jetzt durchgetretene Bürgerliche Gesetzbuch nur das kodifizierte Recht der Besitzenden, — so mache sich auch auf dem Gebiete des Volksunterrichts ein Klassengegensatz geltend. Wir unterscheiden wesentlich drei Klassen des Unterrichts: die sogenannte allgemeine Volksschule, die mittlere Schule und die Hochschule oder Universität. Der Besuch des Unterrichts aber werde bei uns nicht abgeleitet von dem Wissen und dem Geistesvermögen eines Schülers, sondern die höheren Bildungsanstalten stehen in der Hauptsache nur dem offen, der mit dem dazu erforderlichen Geldmittel ausgerüstet ist. In unserer Nation sei eben das Prinzip des Wissens nicht maßgebend und fördernd für den Besuch des Unterrichts, und daraus resultiert das Bestehen der Klassenschulen. Durch diese Verschiedenheit der

## Kleine Chronik.

Leipzig, 22. Juli.

— Deutsches Lehrerheim. Die Feier der Grundsteinlegung zum ersten deutschen Lehrerheim ist am Sonntag in Schreiberhau bei prächtigem Wetter programmäßig verlaufen unter Teilnahme des Kultusministers Dr. Bosse, der behördlichen Vertreter und zahlreichen Abgeordneten der deutschen Lehrerchaft. Lehrer Hermann aus Schmölln hielt die Festrede.

— Ein internationaler Advolatenkongress wird von der belgischen Universität im nächsten Jahre in Brüssel veranstaltet werden. Die Beratungen sollen acht Tage dauern. Der leitende Ausschuss, der diesen Kongress vorbereitet, wählte den fröhlichen Justizminister Adolphe Jeune, der sich durch seine strafrechtlichen Reformen bekannt gemacht, als Vorsitzenden. Der Ausschuss hat jetzt an die inländischen und ausländischen Advolaten aller Länder Fragebogen versendet, um vergleichende Studien über die Gelehrtengesetzungen der verschiedenen Länder hinsichtlich des Advolatenstandes anzubauen, um die geeigneten Reformen klarzustellen und um internationale, wissenschaftliche und fächerüberschreitende Begegnungen zwischen den verschiedenen Universitäten einzuführen.

— Bei einer Erdaufgrabung in Castel bei Mainz wurden dieser Tage zwei römische Meilensteine aufgedeckt. Dieselben standen noch aufrecht, wie eheher, nur waren bei einer späteren Straßenanlage die Köpfe abgeschlagen worden, so daß die Inschrift des einen größtentheils zerstört ist. Dagegen besagt die Inschrift des zweiten Steines, daß derselbe unter Kaiser Hadrian im Jahre 122 n. Chr. gestellt ist und daß die Entfernung von Aquas Mattiacorum (Wiesbaden) 6000 Schritt beträgt. Es muß also an dieser Stelle eine römische Straße nach Wiesbaden abgewichen sein. 6000 römische Doppelschritte sind nahezu neun Kilometer; die Entfernung ist richtig angegeben. Die Steine standen in 1,50 Meter Abstand an der Straße, die schon in Römerzeiten, wie noch heute, Castel und Hosenheim in gerader Linie verband, und zwar ancheinend nur wenige Schritte vor dem Thore des alten Castrums. Die Steine wurden in die Altertums-Sammlungen von Mainz aufgenommen.

— Ernst Curtius über den Frieden. Der Pariser Figaro veröffentlicht einen Brief, den der soeben verstorbene Ernst Curtius

an eine hochgestellte Persönlichkeit in Frankreich unter dem 24. Juni 1895 gerichtet hat. Er lautet: „Ehrbarer Herr! Sie fragen mich, was ich über die Zukunft des Friedens und die Umstände, unter denen Europa dieses Jahrhundert beendigen wird. Ich bin Geschichtsforscher und Archäologe und könnte Sie besser über die Vergangenheit, als über die Zukunft belehren. Den Kindern sagt man immer: „Gott allein kennt die Zukunft,“ und doch fühlen wir uns stets veracht, das zu vergessen, obgleich uns die häufigen Dementis auf unsere Prophezeiungen daran erinnern müßten. Ich glaube fest an den Frieden. Selbst die Völker, deren Herz am meisten blutet, würden nicht den Krieg entfesseln wollen. Der Krieg, wenn er nicht die Folge von Umständen ist, die niemand zu verhindern vermöchte und die niemand ändern kann, ist nicht zu entschuldigen, und ich sehe niemanden in Europa, der die Verantwortung für denselben auf sich nehmen wollte. Es ist das nicht allein der Schrecken vor dem Zusammenstoß, es ist das ebenso das Widerstreben, die Civilisation auch nur für einige Monate aufzuhalten und zwischen den Nationen jene Übereinkunft zu schaffen, die allen civilisierten Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben müßten. Warum sich Völker mehr als Individuen hassen? Weil sie in Rasse, Genie, Sprache und Kultur verschieden sind. Aber diese Verschiedenheit existiert überall, sie ist normal: Ein Blatt gleicht nicht einem anderen Blatt, ein Gesicht, ein Charakter nicht einem anderen. Wo sind denn die, die die sich verzweigenden könnten, wenn sie dazu ganz und gar gleich sein müßten. Ich habe aus der Geschichte gelernt, daß die Kontraste und Verschiedenheiten, weit entfernt, der Harmonie zu schaden, sie im Gegenteil vorbereiten. Muß es uns nicht genügen, Menschen zu sein, um uns gegenseitig zu ertragen und zu helfen, damit wir uns vervollständigen? Muß man hassen, um zu leben? Ich habe niemals die geringste Fähigkeit gefühlt, Frankreich zu hassen, und doch liebe ich Deutschland leidenschaftlich. Frankreich könnte nicht verschwinden, ohne daß etwas, ja sehr viel der integralen Menschheit fehlte. Ich bin glücklich, Ihnen zum Schluß das sagen zu können. Genehmigen Sie u. s. w. E. Curtius.“

— Die Akademie Goncourt wird thalfäschlich gegründet. Das Testament Goncourt enthält alle erforderlichen Bestimmungen über die Schöpfung. Die Akademie soll zehn Mitglieder zählen, von denen Goncourt acht bestimmt. Daubet, Huysmans, Mirabeau, Rosin eins, Rosin jeune, Henrique, Paul Marguerite, Goffroy. Nur Professoren sind zugelassen. Wenn eines der Mitglieder

in die Akademie französische eintrete, schiedet es damit aus der Akademie Goncourt aus. Jedes Mitglied erhält auf Lebenszeit eine jährliche Rente von 6000 Franken. Die Akademiker erhalten jährlich einen Preis von 5000 Franken dem Autor des besten Romanes, der in dem Jahre erschienen ist. Der Preis führt den Namen: Prix des Goncourt.

— Aus Padova wird geschrieben, daß in dem benachbarten Pad Abano Herr Delbier, der bis zum Tode verurteilten französischen Bürger läuft, zur Kur eingetroffen ist; es befindet sich dort auch der italienische Ex-Minister Crisp. Das Rencontre soll jedoch zusätzliche sein.

— Leonora Duse ist zu 8000 lire Konventionalstrafe verurteilt worden! Vor dem Civilgericht in Mailand erschienen Leonora Duse und ihre beiden Impresari Giacchi und Moreno. Die letzteren hatten die berühmte Tragödie verlegt, weil sie nicht ihrer in einem Kontrakt festgelegten Verpflichtung nachgekommen war, eine Tournee in Südamerika zu machen. Frau Duse war am Tage der Abreise aus ihrer Wohnung verschwunden und hatte in einem Brief an Herrn Giacchi kurz erklärt, sie wolle nicht nach Amerika gehen, da sie sich vor dem schlechten Einflusse des Klimas fürchtete und außerdem pelzige und politische (?) Bedenken in ihr aufgestiegen wären. Vor Gericht sagte die Künstlerin daselbst zur Rechtfertigung ihres Kontrahbruches aus, und ihr Advokat fügte hinzu, daß seine Klientin bei ihrer hochgradigen Nervosität unterschieden in jenen hellen Gegenden nicht hätte spielen können, zum mindesten nicht so hätte spielen können, wie man es von der größten Tragödin Italiens erwartete. Der Gerichtshof verurteilte aber Frau Duse zum Zahlen der hübschen Summe von 8000 lire mit der Begründung, daß unweigerlich von der Künstlerin ein Kontrahbruch begangen worden sei.

## Humoristisches.

— Schlechtes Nomenklatur. Erster Gauwer: „Du Karl — was meinen zu dem Rechtsanwalt Müller?“ Zweiter Gauwer: „Mit dem ist nicht ... der hat mir schon 'mal zu drei Jahren Bußhaus verurteilt!“

— Von der Schmiede. Schauspieler (zum Dorfpolizisten): „Ah, sind Sie so freundlich und leihen Sie mir Ihren Mantel — ich darf heute abend einen Feldmarschall darstellen!“



über den gesetzten Beschluß, von Konsumvereinen eine Umsatzsteuer von 4 Prozent erheben zu wollen.

Die Versammlung erblickt in dieser Umsatzsteuer eine indirekte Besteuerung der notwendigen Lebens- und Genussmittel, die um so verwerflicher ist, weil sie den größeren und ärmeren Teil der Einwohner von Leutsch trift. 50 Prozent der Familienväter haben nach derzeitigen im nächsten Jahre eine indirekte Steuer von ca. 12 M. zu zahlen, lediglich zu Gunsten von 12 Geschäftleuten, welche nur 1/10 Prozent der Bevölkerung von Leutsch ausmachen, während kaum 41 Prozent der Familien von dieser Steuer befreit sind.

Die Versammlung konstatiert ausdrücklich, daß die vorhandene Verkaufsstelle des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz einen bringenden Bedürfnis entspricht.

Die 9 in Leutsch vorhandenen Händler mit Lebens- und Genussmitteln sowohl, wie die 8 ansässigen Bäder sind gar nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Einwohnerschaft zu befriedigen. Verkaufslokal, Bekleidung, Qualität und Preise der Waren sind bei den Händlern bestreitig, daß selbst die übrigen Einwohner von Leutsch, die nicht Mitglied des Konsumvereins sind, es vorziehen, den größten Teil ihres Bedarfs an Waren in Leipziger oder Lindenauer Geschäften zu decken. Unter letzteren befinden sich Hausbesitzer, Beamte, Handwerker, Fabrikanten, Restauratoren und Wissenschaftler.

Die Versammlung richtet deshalb dringend die höfliche Bitte an den Gemeinderat von Leutsch, die Besteuerung des Umsatzes der hiesigen Verkaufsstelle des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und den gesetzten Beschluß rückgängig zu machen.

Für die Gemeinde liegt bis jetzt noch kein gesetzlicher Zwang vor, eine derartige Besteuerung einzuführen, und hofft die Versammlung, daß der Gemeinderat deshalb vorsichtig von einer Umsatzsteuer ganz absicht. Sollte der Gemeinderat aber aus irgendwelchen Gründen an einer derartigen Besteuerung festhalten, dann möge der Gemeinderat eine sorgfältige Prüfung der Verhältnisse vornehmen und entsprechend der Notwendigkeit und des anerkannten Bedürfnisses der Konsumvereinserkaufsstelle diese nur mit dem niedrigst zulässigen Soze einer Umsatzsteuer belassen.

Hierdurch wird der Leutzeher Gemeinderat bestens den Gesamtinteressen der Bürger und Einwohnerschaft dienen und mehr zur Erhaltung des gesellschaftlichen Friedens beitragen, als dies der Fall sein kann, wenn die Wünsche der Bevölkerung den Interessen der wenigen in Frage kommenden Geschäftleuten unterordnet werden.

Sollte wieder Erwarten der Gemeinderat an seinem Beschlusse festhalten, dann ist die Versammlung der Meinung, daß der Protest gegen die Umsatzsteuer bei den Aussichtsbehörden durch alle Instanzen hindurchgeführt wird.

### Versammlungskalender.

**Mittwoch:** Sozialdemokratischer Verein 2. West. Stadtkirche, Altenburg, Abendhalb 9 Uhr. T.O.: 1. Die Erklärung der Menschenrechte. 2. Politische Rundschau. Referent: Genosse Dr. Wittich, Leipzig.  
Former, Schlesischer und Sachsen. Pantheon, Dresdener Str. Abend 9 Uhr. T.O.: 1. Der Auszug in der Leipziger Gießerei. 2. Wertheimnungsangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches.  
**Vorstand:** 1. Abend. d. Unterk. d. Schan. u. Gallwitz v. Leipzig u. 1. Abend, Schloßstraße 10. Nachmittags 4 Uhr.  
**Montag:** Leipziger Feuerwehrverein Neubühl u. 1. Abend. Kleiner Ausgangarten.  
**Dienstag:** Tüngelbergabteilung. Abend 9 Uhr. T.O.: Verlegung der Abteilung.  
**Donnerstag:** Verein der Kaufmänner. Dresdener Hof. Abend halb 9 Uhr. T.O.: 1. Halbjahresbericht. 2. Antritt. 3. Berichtsbericht.  
**Freitag:** Volksfreund. Vereinslokal. Abend 8 Uhr.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Juli.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten während der Hundstage. Die in Offenbach erscheinende Deutsche Volkswacht, deren Redakteur der Reichstagabgeordnete Hirschel ist, schreibt:

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt von Frankfurt a. M. war beim Ausbringen des Kaiserhochs im Reichstage sien geblieben. Darob natürlich wieder die übliche Entrüstung in der Presse. Wir meinen, daß man zur Liebe niemanden zwingen kann, und wenn ein Sozialdemokrat nicht das Hoch auf den Kaiser ausbringen will, so ist das seine Sache. Wir haben oft Gelegenheit gehabt von manchen der Herren, die sich jetzt wieder über den bett. Abgeordneten entrüssten, Späße und Scherze zu hören, die eigentlich das Gegenteil von Respekt für das Staatsoberhaupt vertraten, so daß diesen ihre jetzt beliebte Entrüstung nicht wohl ansteht.

In ähnlicher charakteristischer Weise äußerte sich bekanntlich in den Leipziger Neuesten Nachrichten im September ein Geistlicher über unsere Patrioten. Die Aufnahme des betreffenden Artikels in den Nachrichten ist zweifellos auf ein Versehen zurückzuführen, denn das gefüngunglose Blatt hat von jeho nur Mut gezeigt, wenn es sich darum handelt, den Sozialdemokraten eines anzuhängen oder ins Horn der Reaktion zu blasen. In seiner letzten Nummer nimmt das Blatt keinen Anstand, folgender Ausgeburth der Hundstagehöhe eines Freundes Raum zu geben:

Ich wanderte am Montag den 20. b. M. nach dem Reichstaggebäude und fühlte mich dort einem wohl mehrere Hundert Kopf starken Menschenstrome an, der unter Führung eines Dieners des Schönenhauses in Augenschein nahm. Nachdem wir in den Sitzungssaal getreten waren verteilt wir uns auf die einzelnen Plätze, um so besser die Erklärungen des Führers verstehen zu können. Als dieser geredet, erhob sich von einem Sitz auf der gegenüberliegenden ein würdig aussehender älterer Mann und sprach mit sonorer Stimme unter lautlosem Stille der zuerst etwas verdutzt dreinblickenden Menge ungefähr folgendes:

Ich habe soeben auf dem Platz Bebels gesessen. Auch ich bin ein deutscher Arbeiter, aber ich bringe von dieser Stelle aus ein Hoch aus auf den Kaiser und auf das deutsche Reich.

Diese ungestümstesten Worte des einfachen Mannes machten auf uns alle einen tiefen Eindruck und jubelnd fielen wir in das dreifache Hoch, das vor dieser Seite des deutschen Reichstages noch nie ertönt ist, ein. Was wird Herr Bebel zu dieser Verunglimpfung seines Platzes sagen?

Herr Bebel wird einsach denken, daß der Redaktion der Leipz. Neuest. Nachr. und ihrem Freunde Eisenschläger bei der gegenwärtigen Höhe gute Dienste leisten würden.

Zu der Redaktion der Leipz. Neuest. Nachr. herrscht allem Anschein nach in der gegenwärtigen Sitzungszelt Stoffmangel. In Erwartung eines Verlusts schneidet das Blatt unsere geistige Mitteilung unter Sachen: Es geht auch sol. die Interierung des Genossen Rosenow in Chemnitz betreffend, zurück, hilft daran die einem nationalliberalen Blatte würdig Beweisung, daß das Vorgehen der Behörden nur gebilligt werden kann, und sucht schließlich an einem langen Abschluß aus dem Organ des Scharfmachers Stumm, der Post zu beweisen, daß "eine Reihe von Vorladungen der jüngsten Zeit gar keinen Zweifel darüber lasse, daß die sozialdemokratische Bewegung den geistigen Nährboden für Gewaltthaten zum Teil der schlimmsten Art" bilde.

Es hieße dem Blatte, bei dem offenbar die Schau zu den Hunden gesunken ist, zu viel Ehre anzuheben, wollten wir uns mit ihm in eine Polemik einlassen. Es mag genügen, seine weichen Filzhut bekleidet war. Es stellte sich als Haushälter

Hundstageleistungen tiefer gehängt zu haben. Der Hoffnung wollen wir nur noch Ausdruck geben, daß die Höhe in der Redaktion der Nachrichten selbst keinen weiteren Schaden anrichten möge, denn wir glauben kaum fehl zu gehen, wenn wir in den erwähnten Leistungen bedenkliche Symptome erblicken.

**Von den sächsischen Handels- und Gewerbe-Kammern** ist vor einiger Zeit in einer gemeinsamen Vorstellung an das Ministerium des Innern um Befürwortung der Errichtung eines Reichs-Tarifamts für Hollsachen gebeten worden, das bestimmt sein soll, Einheitlichkeit der Auslegung des amtlichen Warenscheinzeichnisses zum Holltarif und Vereinigung der endgültigen Entscheidung von Hollstreitigkeiten herbeizuführen. Im Zusammenhang hiermit ist es von Interesse, über thalsäisch vorgenommene Fälle von ungleicher Hollbehandlung in den verschiedenen Bundesstaaten bezw. durch die einzelnen Hauptzollämter, auch wenn dieselben schon weit verstreut liegen, näher untersucht zu werden. Die hiesige Handelskammer erucht daher die Beteiligten, möglichst bald, spätestens aber bis zum 28. d. M. von derartigen Fällen der Kanzlei der Handelskammer, Neue Brücke, Nr. A. I., Mitteilung zu machen.

Auf der Linie Berliner Bahnhof-Großschocher der Leipziger Elektrischen Straßenbahn ist jetzt der 10 Minuten-Betrieb eingeführt worden, da die Wagen der bisherigen Linie Berliner Bahnhof-Schleusing von nun an auch bis Großschocher durchgeführt werden.

Etwas vom Kinderwagen wird dem Berliner Tageblatt

von einem Arzte geschrieben: Wer in jeder Jahreszeit, in der unsere Kleinen die Straßen bevölkern, die Kinderwagen betrachtet, dem fällt es auf, daß sich ihr Aussehen, besonders was den Oberstiel, das Gestell, angeht, gegen früher durchaus geändert hat. An die Stelle des alten schlichten Vorgetriebs ist ein massiver Holzlasten getreten, und auch wo man das Weidengeflecht beibehalten hat, da ist der Wagen im Innern mit Lederbuch bezogen, das wieder einen Überzug von Wollstoff trägt, gelegentlich auch wohl noch eine mehr oder minder dicke Polsterung aufweist. Schwingdecke, die wir als Kinder gar nicht kannten, hat jetzt jeder Wagen und zwar von Glanzleder oder Lederbuch, und je tiefer das Verdeck auf den Wagen herunterreicht, für desto schöner gilt es. Das sieht alles sehr elegant aus; ist es aber — und darauf sollten wir doch in erster Weise sehen — der Gesundheit unserer Kinder förderlich? In vielen Familien dient der Wagen den Kleinen bis in das zweite oder dritte Lebensjahr hinein auch im Hause als Lagerstätte; für ein Bettchen fehlt der Raum oder das Geld — vielfach allerdings nur im Glauben der Eltern. Und nun betrachte man einmal so ein Kindchen, das in seinem Wagen in der Stube geschlafen hat. Der ganze Körper ist naß, die Kopfläuse von Schweiß durchtränkt. Da die Kleinen tief im Wagen liegen, von beiden Seiten und von unten her von absolut luft- und durchlässigen Stoffen umgeben, von oben durch das Verdeck ebenfalls von der Luft fast ganz abgeschlossen, so wird die ganze Vorrichtung zu einem Schwitzkasten, besonders wenn noch zärtliche Mutterliebe mit den Federbetten nicht gespart hat, und irgend welche Ventilation ist ganz unmöglich; das Kind muß mehr oder minder die Ausdünstungen seines eigenen Körpers wieder einatmen. Und das soll der Gesundheit nicht abträglich sein?

**Patent anmeldungen sächsischer Erfinder.** Mitgeteilt vom Patentbüro des Ingenieurs Ed. Preßlauer, Goethestraße 7. Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 18. September 1896 Einspruch erhoben werden. Kl. 25. Flechtmaschinen: Seydel v. Donner, Chemnitz, Mechanischer Miniblattapparat für Zimtsche Strickmaschinen. Kl. 34. Hauswirtschaftliche Geräte: Ernst Otto Höschel, Dresden-N., Verstellbarer Träger für Kleiderbretter u. dergleichen. Kl. 49. Metallbearbeitung: Dr. G. S. Neumann, Dresden-N., mit Aluminiumblech nahtlos übergehender Holzkörper. Kl. 51. Musikalische Instrumente: Ernst Paul Siegner, Wahren v. Leipzig, Mechanisches Musikwerk m. selbsttätig austauschbaren Notenstöcken. Kl. 58: Nahrungsmitte: Dr. Arthur Johannes Forster, Planen i. V., Verfahren zur Herstellung saurer und dabei in kaltem und heitem Wasser klar löslicher Extrakte von Kaffee, Kaffeesurrogaten u. Thee. Kl. 68: Saatgut: Nähmaschinenfabrik und Saatgutlager vorm. Selbel u. Mannmann, Dresden, Zusammstellbares Sauerad mit zwischen Vorder- und Hinterrad senkrecht übereinander liegenden Gelenken. Kl. 75: Soba: Dr. Wolf Koch, Dresden, Elektrolytischer Apparat zur Herstellung von Salzlösungen unter Benutzung einer Quecksilberlatzode.

Einen kostbaren Fund macht am Montag abend in einem Wagen der elektrischen Straßenbahn ein Schaffner an einem Paket, das eine Dame liegen gelassen hatte. Es enthielt 20 000 M. in Wertpapieren. Der kostbare Inhalt konnte der Eigentümerin alsbald wieder ausgehändigt werden.

Beherzigung verdient folgender drastische Aufruf, der gegenwärtig die Runde durch die Blätter macht: Ehr. Grünes! Ehr. täglich Salat! Ehr. Gemüse! Ehr. Kettich u. alle, die ihr nicht nach Marienbad, Rüschwitz, Einsiedel u. s. w. fahren und eine Badelur durchmachen könnten. Junges Gemüse, besonders Kopf- und Feldsalat, sind nicht nur sehr nahrhaft, geben Fleischsaft und Kraft, sondern sie reinigen auch das Blut. Und ihr Haushälften, die ihr das erfrischende Grün, den saftigen Salat zurecht macht und aufstellt, sorgt dafür, daß in diesem die stärkenden Kräfte und Säfte erhalten bleiben! Bereits ihr die Salatkopfe, schneidet ihr die Blätter vom Kopfe ab und werft dann die Blätter und die Herzstücke lange Zeit vor dem Essen in die Eimer, in die Schüssel zum Waschen und Reinigen, so ist das beste des Salats dahin und schwindet im Wasser und kommt auf den Tisch, statt in den Leib. Die Salatkopfe müssen ganz ungeröst gewaschen und kurz vor dem Essen zerlegt und angemacht werden, damit alle Säfte in der Schüssel bleiben.

**Das Tivoli,** das an der Seeger Straße gelegene Vergnügungs-Etablissement, ist aus dem Besitz der Stolpischen Erben in den Besitz des Herrn Rechtsanwalts Kreischmer übergegangen. Wie wir hören, beabsichtigt der neue Besitzer, einen Ausbau des genannten Etablissements vorzunehmen. So sollen auf dem großen, nach der Straße gelegenen Hofe, der durch Anlagen eine schönere Gestaltung erfahren würde, zu beiden Seiten geräumige Kolonaden errichtet werden. Ferner ist geplant, den Saal durch Hinzunahme der jetzigen Nebenkünlichkeiten wesentlich zu vergrößern.

**Die Maul- und Klauenpest** ist nun auch im Dorfe Priestädtlich ausgebrochen.

Der **Schwindel**, der gestern vormittag im Cigarrenladen der Genossen Möller versucht wurde, ist bereits am letzten Sonnabend vormittag bei einem Cigarrenhändler der Kreuzstraße und zwar mit Erfolg verübt worden. Es erschien bei dem Händler ein etwa 20—22 Jahre alter, mittelgroßer mit bartloser junger Mann, der mit dunklem Jackett und kleinem schwarzen Filzhut bekleidet war. Er stellte sich als Haushälter

des Arbeitervereins Göhlis vor und überbrachte einen mit der Namensunterschrift eines Göhliser Genossen versehenen Brief, in dem um Übertragung von 200 Stück Cigarren à 8 Pf. ersucht wurde. Der Händler, der den angeblichen Briefschreiber wohl kannte, händigte dem Betrüger ohnungslos die verlangten Cigarren ohne Bezahlung ein. Da zu erwarten steht, daß der Schwindel noch öfters versucht wird, sei jedermann zur Vorsicht ermahnt.

**Städtische Arbeiter in Krankheitsfällen.** Wiederholte ist in der Leipziger Volkszeitung darüber gesagt worden, daß ein großer Teil der städtischen Arbeiter gegen Krankheit nur ungünstig oder überhaupt nicht versichert ist. Wie nun verläuft, hat der Rat der Stadt beschlossen, allen städtischen Arbeitern in Krankheitsfällen 80 Prozent ihres Lohnes auf die Dauer von 6 Wochen auszuzahlen. Die Stadtverordneten werden die betreffende Ratsvorlage noch zu beraten haben.

Der wegen Sittlichkeitsverbrechens in Untersuchungshaft genommene Wirtspächter des Hotel de Prusse, Wagner, ist aus der Haft entlassen worden. — Wegen des Verbrechens gegen § 176, 3 des St.-Str.-G.-W. wurde ein in Schleusing wohnhafter 61 Jahre alter Dachdecker aus Niisma bei Zeitz von der Kriminalpolizei verhaftet.

Noch nicht ermittelt ist der Leutzeher, der am Sonnabend nachmittag den Polizeioberwachtmeister Gaebler in die Pleiße gestürzt hat. Sowohl sind schon einige Personen zur Polizei festgestellt worden, auf die das Signalement des angeblichen Richter passte, doch sind die sämtlich wieder freigelassen worden.

**Unfälle.** Beim Abwaschen eines Hauses in der Windmühlenstraße stürzte ein Maurer aus beträchtlicher Höhe herab und zog sich eine Verstauchung des Hüftgelenkes zu. Der Mann begab sich mittels Drosche in seine Wohnung. — In der Beethovenstraße schauten vorgestern mittag die Pferde eines Bierwagens vor einem Motorwagen und gingen durch. Nachdem sie einen Gaslandel器 ungewissen hatten, kauften sie wieder zum Stehen gebracht werden.

**Unfall auf der Eisenbahn.** Auf der Leipzig-Höher Bahn wurden dieser Tage in einem Personenzug kurz vor Werda einen dreijährigen Kind von der Compagnie mehrere Finger buchstäblich breit gequetscht. Das Kind schlug unmittelbar neben der Thür und ließ seine Händchen lose an der seitlichen Compagniewand herabhängen. Als der Schaffner, ohne das Kindes Hand zu bemerken, die Thür zuschlug, war das Unglück geschehen.

Gestohlen wurden zwei Fahrzeuge: eines 300 M. wert, Pneumati-Eccelsior-Rover, gelb emaliertes Gefäß, Firma Nestler u. Slatos, Chemnitz, und ein anderes, 200 M. wert, gleichfalls Pneumati-Rover, mit der Firma Heimann, Herbert u. Goepel. Vor Aulauf wird gewarnt.

### Aus der Partei.

**Internationaler sozialistischer Studentenkongress.** Das Organisationsteam der belgischen sozialistischen Akademiker, dem unter anderem auch Emil Vandervelde angehört, schlägt vor, zu Weihnachten einen vierten Internationalen Kongress sozialistischer Akademiker in Belgien abzuhalten. Adresse: G. Desuisseaux, 517 Avenue Louise, Brüssel.

**Hamburg.** 21. Juli. Der Medikament des Hamburger Chos, Stenzel, wurde vom hiesigen Landgericht wegen Beamtenbeleidigung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

**Düsseldorf.** 20. Juli. Der verantwortliche Medikament der Niederrheinischen Volks-Zeitung, Genosse Wessel, soll die Offiziere und Unteroffiziere des Pionier-Bataillons Nr. 20 in Neg. bekleidet haben durch einen aus München dauernden Auftrag; Beugen gefügt! der Militaria betraf. Auch der Mitunterzeichner des Auftrags, Schreiner Demmler in München, ist mit angeklagt. In dem Auftrag werden diejenigen, die bei genanntem Truppenteil gestanden haben und bereit sind, Aussagen über die Behandlung der Mannschaften zu machen, gebeten, ihre Adressen an die Redaktion gelangen zu lassen. Und das soll eine Beleidigung sein?

**Landtagsabgeordneter Konrad Glaser,** ein wackerer Parteigenosse, ist nach langen, beschwerlichen und schwerhaften Verhandlungen, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der Sozialdemokratie, der in der Sitzung des Stuttgarter Parteiblattes in der Diepgen Buchdruckerei. Bereits im Jahre 1887 war Glaser für den zweiten Wahlkreis, Bezirk Cannstatt, als Landtagsabgeordneter aufgestellt worden, erlag aber dem Gegengesetzten Landtagsabgeordneten der Partei, für Cannstatt einen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten zu erhalten, in sichere Erfüllung gehen werde. Mittlerweile hatte sich Glaser wegen seines lebensligen Benehmens und lauterem Charakters auch die Achtung der nichtsozialdemokratischen Einwohnerschaft erworben, die mit dazu beitrug, daß er am 6. Dezember 1898 mit 588 Stimmen zum Gemeinderat der Stadt Cannstatt, wo er seinen Wohnsitz hatte, gewählt wurde. Bei den vorjährigen Landtagswahlen siegte unsere Partei in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Deutschen Partei, Glaser erhielt 3890 Stimmen gegen 3509 des Gegners und zog er mit Kloß als die zweitwährenden sozialdemokratischen Vertreter im Halbmondsaal ein. Auch hier hat er, trotzdem die Krankheit seinen Körper bereits zerwühlt, seine volle Schuldigkeit. Die Württemberger Parteigenossen werden dem geschiedenen Kämpfer ein dauerndes Andenken bewahren!

### Von Nah und Fern.

**Berlin.** 22. Juli. Der Volkszeitung zufolge fand Dienstag früh im Grunewald ein Pistolenduell zwischen einem bekannten böhmischen Badearzt und einem Chemiker aus Berlin statt. Die Bedingungen waren sehr scharrf; beim zweiten Kugelwechsel wurde der Chemiker durch einen Schuß in den Unterleib getroffen. Sein Zustand ist nicht befürchtenswert. Der Arzt soll den Chemiker infolge eines Scheidungsprozesses gefordert haben.

**Die alte Waschfrau.** Eine Haussuchung hat am Sonntag morgen auch bei einer Tante des Anarchisten Koschmann, der Waschfrau Wilma Friederike Koschmann in der Kirchstraße 41, zu Niedorf stattgefunden. Die Beamten, die später die Räume der Frau Koschmann durchsuchten, erschienen schon um 6%. Uhr bei Frau Koschmann und forschten hier nach Kleidungsstücken des inhaftierten Anarchisten, besonders nach

einem grauen Anzug und einem grauen Hut, in dem er am 20. Juni d. J. bei der Rückkehr von einer Landpartie aus Friedrichshagen verhaftet und im Atelier des Polizeipräsidiums photographiert wurde. Paul Koschmann hat seiner Zeit im Verdacht gestanden, das vereitelte Attentat auf den Polizei-obersten Krause entweder selbst versucht zu haben oder wenigstens dabei beteiligt gewesen zu sein. Er war wiederholt verhaftet, aber wieder freigelassen worden, und befand sich endlich  $\frac{3}{4}$  Monate lang in Untersuchungshaft, als er im November wieder entlassen wurde, bis ihn am 22. Januar das Landgericht I wegen Verbreitung anarchistischer Schriften zu neun Monaten Gefängnis verurteilte. Ob die neuen Ausführungen mit dem Mordanschlag gegen Oberst Krause zusammenhängen, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch die Nachforschungen bei Frau Gürtler galten vorzugsweise dem grauen Anzug. — Ob man den Anarchisten-Anzug gefunden hat, verrät der Berichterstatter nicht. Vielleicht vermutet man in der Tasche des furchterlichen grauen Klokes eine Anzahl von Dynamitbomben.

m. N. 21. Juli. Der schwedische Dampfer *Tennus* aus Gothenburg fuhr auf seiner Fahrt durch den Nordostseekanal mit einem anderen schwedischen Dampfer so nahe zusammen, dass ihm auf der Steuerbordseite mehrere Platten weggerissen wurden. *Tennus* musste zwecks Reparatur den Kieler Hafen als Not-hafen anlaufen.

Nachen, 21. Juli. Da es in letzter Zeit wiederholt vorkommen ist, dass hier und in mehreren preußischen Grenzdörfern junge Leute Werber für die Fremdenlegion und für Alschan in die Hände geraten sind, verdoppelt die Kriminalpolizei ihre Aufmerksamkeit. Einer der für Alschan Leute werbenden Seelenverkäufer ist bereits in einer hiesigen Herberge verhaftet worden. Der Drang junger Leute, bei einer fremden Macht in das Heer einzutreten, ist trotz aller Warnungen groß. Am Sonnabend erschien auf der Redaktion eines hiesigen Blattes ein junger Mann, der im Herbst in Straßburg eintreten soll und fragte nach dem Agenten für die Fremdenlegion, dessen nähere Adresse er verloren habe. Er wurde energisch zurückgewiesen, hatte dafür aber nur ein bedeutsames Lächeln.

Antwerpen, 20. Juli. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute ein Prozess, der, wenn auch nicht auf solch dramatischem Hintergrund sich abspielend wie der Fall Jonianz, doch mit diesem in der Anklage große Ähnlichkeit hat. Die Angeklagte ist die 29jährige Chefran Maron. Sie ist beschuldigt, ihre Schwiegereltern vergiftet zu haben. Der Anklage liegt folgender Thalbestand zu Grunde: Die Schwiegereltern der jungen Frau, das Choyer Maron-Claray, bewohnten in Vorgerhout ein eigenes Haus, worin sie mit Erfolg eine Schau-wirtschaft betrieben. Sie besaßen einen einzigen Sohn, Denis, der von schwächerer Gesundheit und dem Trunk ergeben war. Denis hatte seine heilige Frau als Witwe ohne Kinder in zweiter Ehe im September vorigen Jahres geheiratet. Diese konnte sich mit ihren Schwiegereltern, die, obwohl ziemlich bejaht, dennoch sehr rüttig waren, schlecht vertragen. Bekannt gegenüber hat die Angeklagte sich wiederholt gekündigt, dass sie durch die Verheiratung mit Denis Maron ein gutes Geschäft gemacht habe. Am 16. Oktober vorigen Jahres fühlte Mutter Maron sich nach dem Genuss einer Tasse Schokolade, die ihre Schwiegertochter zubereitet hatte, plötzlich schlecht und starb wenige Stunden später. Der herbeigerushene Arzt schrieb ihren Tod einem Schlaganfall zu. Elf Tage später starb auch der alte Maron nach ganz kurzem Unwohlsein. Noch hatte niemand Verdacht. Dieser wurde wach, nachdem kurz darauf die Magd des Hauses einen anderen Dienst angenommen und ihrer neuen Herrschaft von den beiden plötzlichen Todesfällen erzählt hatte. Da mischte sich das Gericht hinein, ließ die Leichen ausgraben und untersuchen, wobei die Gerichtskirze das Vorhandensein von Arsenit in ihnen feststellten und lehrter als die wahrscheinliche Todesursache annahmen. Das Vermögen der alten Maron belief sich auf 82 000 Franken, das der Ungerlagten nach dem Tode ihres Mannes dem Ehevertrage gemäß zufallen sollte. Außerdem war die Wirtschaft in gutem Gange. Nun folgert die Anklage folgendermaßen: Der Sohn Maron konnte bei seiner schwächlichen Gesundheit leicht vor seinen Eltern sterben. Sein Tod untertrieb seine Frau vollständig, und deshalb, so schließt die Staatsanwaltschaft, hat letztere sich des Doppelgiftmordes schuldig gemacht, der ihr das Vermögen ihrer Schwiegereltern sicherte und der durch das Gutachten der Rechtsärzte und Chemiker als Todesursache angenommen wird. Eine grobe Anzahl Beugen ist geladen; die Hauptzeugin ist die Magd Luisa Steylaris. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

London, 20. Juli. Ein aufregender Vorfall hat sich dieser Tage in dem kleinen Seebadort Broadstairs unweit Ramsgate zugetragen. Ein Mann stürzte plötzlich unter die am Hafendamm umherlungernden Bootslente und erklärte, es seien drei Kinder unten am Fuße der Uferfelsen ganz von der steigenden Flut eingeschlossen. Da die See zu sturmisch und die Brandung gerade dort zu heftig war, konnte an Rettung durch ein Boot nicht gedacht werden. Mehrere Männer eilten daher mit einem langen Seil die oberen Uferfelsen entlang und

einer — er hieß James Croom — erbot sich hinunter zu gehen. Man ließ ihn hinab und er brachte glücklich zuerst einen Knaben zwischen acht und neun Jahren in Sicherheit und rettete dann auch einen zweiten. Er wollte zum dritten mal hinuntergehen, halte aber inzwischen an den Uferfelsen beim Hinaufziehen und Hinablassen seine Hände so scharf angerichtet, dass die Sache bedenklich erschien. So wurde denn sein Sohn hinabgelassen, der auch glücklich den dritten kleinen rettete. Mittlerweile war ein dritter wackerer Mann Namens Tom Gorlon aus eigner Entfernung aus einem Riff in den Uferfelsen unter großer Gefahr herbeigeschwommen. Er rettete nun auch noch einen kleinen Hund, den die Knaben mitgebracht hatten, und wurde ebenfalls glücklich zu der Uferhöhe hinaufgeholt. Ein Massen Volles hatte sich dort angestellt, das in großer Erregung der Rettung zuschaute und die drei Männer mit stürmischem Beifall begrüßte.

## Vermischtes.

**Hammerstein auf Chocolade.** Eine bekannte Chocoladenfabrik bringt ihre Fabrikate u. a. in kleinen farbtonierten Aufnahmen zum Verkauf, die mit Bildern berühmter Persönlichkeiten verziert sind. Eins dieser Bildchen zeigt angeblich den Landwirtschaftsminister Freiherrn v. Hammerstein. Nun ist aber, wie die Deutsche Tageszeitung erzählt, dem Hersteller des Bildes statt des rechten, das Bild eines „anderen“ Hammerstein in die Hand gekommen, das er dann vervielfältigt hat. So zierte jetzt das Bild des früheren Chefredakteurs der Kreuzzeitung die Kartons vanillierter Prinzess-Chocolade.

**Die Dingelkangel-Sängerin** Yvette Guilbert in Paris erzählte über ihre Einnahmen: Ich habe einen Vertrag für Amerika unterschrieben, aber erst für Dezember. Man darf seine Zuhörer nicht überstimmen, nicht lange am selben Orte singen; zwei, drei Monate jährlich genügen; man kommt wieder, wenn man halb vergessen ist. Ich habe hier in Paris meinen Vertrag auf vier Jahre erneuert. Mein Direktor wollte vier, ich nur drei Monate jährlich; ich machte ihm begreiflich, dass dies genügt. Uebrigens ist mein Vertrag glänzend, 120 000 Franken das Jahr (also 40 000 Franken den Monat). Für Amerika erhalten ich 200 000 Franken den Monat. Das letzte Mal sang ich in der Olympia (Newyork) jetzt im Klosterbaul. Ich bleibe einen Monat in Newyork und singe die zwei übrigen Monate in den anderen großen Städten Amerikas. Voriges Jahr erzielte ich 87 000 Franken in neuen Lagen. — Ein Fabrikarbeiter verdient nicht ganz soviel — dafür darf er aber auch schwerer und mehr arbeiten.

## Briefkasten der Redaktion.

**Fr. W.** Der Doktortitel wird nur an der Universität erworben. Allerdings gibt es auch gefälschte Doktordiplome. Der Doktortitel wird übrigens nicht nur an Mediziner, sondern auch an Juristen, Philosophen und Theologen erteilt.

**G. M.** Selbst in den ältesten Zeiten wird Markrafschaft schon als Stadt aufgeführt. Vielleicht beantwortet ein dortiger Leser die Frage, wann es eine Stadtverfassung erhalten hat.

**Zh. S.** Wurde etwa 100—200 Jahre vor Columbus von den Normannen entdeckt.

## Auskunftsamt in Rechtsfragen.

**G. M., Thessa.** Nein.  
**G. W., Connemara.** Es ist zunächst notwendig, zu wissen, was das Testament bestimmte. Danach lässt es sich doch erst bestimmen, ob eine Benachteiligung jener Frau vorliegt. Darauf sei aber hingewiesen, dass, wenn das Testaments Entfernung ausdrückt, jeder Schritt erfolglos ist, da dann ein Anspruch auf einen Pflichtteil nur dem Ehemann, Großeltern, Eltern und Abkömmlingen des Erblassers gesichert ist.

**G. W.** 1. Durch den Verkauf des Grundstückes wird der Kontakt blöd. Die halbjährliche Kündigung muss natürlich eingehalten werden. 2. Nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb ist die Manipulation zweifellos strafbar. Sie werden nicht gezwungen werden können, den vollen Betrag zu bezahlen.

**D. G., Lindenau.** Die Mitgliedschaft erlischt nach § 6, Abs. 8 des Ortskrankenkassenstatuts mit dem Ausscheiden aus der die Mitgliedschaft begründenden Verbindung. Nach § 20 werden die Unterstützungen an Familienangehörige nicht gewährt, wenn der Krankheits- oder Todesfall, der an und für sich den Anspruch auf Unterstützung begründen würde, innerhalb der ersten sechs Wochen nach Beginn der Mitgliedschaft des betreffenden Mitgliedes erfolgt. Falls Sie während der Arbeitspause nicht freiwilliges Mitglied waren, haben Sie also keinen Anspruch.

## Küchenzettel der südländischen Speiseanstalten.

**Donnerstag:**  
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Petersfilet mit Rindfleisch.  
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffeln u. Möhren m. Rindfleisch.

**Auskunftsamt für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.**

**„Stadt Hannover“, Seeburgstr.**  
Jeden Abend von 7½—9 Uhr: unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeitnehmer.

## Theatervorstellungen.

### Neues Theater.

Mittwoch den 22. Juli: 195. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, roh).

### Waldmeister.

Operette in 3 Akten von Gustav Davis. Musik von Johann Strauß.

Begleit: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Christoph Hesse, Amtschäpimann . . . . . Mr. Greiner

Malvine, seine Frau . . . . . Mr. Buße

Freda, deren Tochter . . . . . Mr. Linda

Leon von Berlin, Ober-Hofrat u. Director der königl. Hofakademie . . . . . Mr. Helme

Wolfo von Wendi . . . . . Mr. Baumberger

Erich . . . . . Mr. Menschert

Erin . . . . . Mr. Keller

Erle . . . . . Mr. Schröder

Pauline, Sängerin . . . . . Mr. Brada

Megna . . . . . Mr. Voßle

Dora . . . . . Mr. Hofer

Wili . . . . . Mr. Moebius

Erika . . . . . Mr. Hanckow

Erasmus Friederich Müller, Professor der Botanik . . . . . Mr. Scarfe

Jeanne, Gesellschaftsdame bei Pauline . . . . . Mr. Wildner

Sebastian, Diener bei Hesse . . . . . Mr. Stöck

Schultheiss Danner . . . . . Mr. Brost

Agathe, dessen Frau . . . . . Mr. Menner

Antibüchler Paperh . . . . . Mr. Lelonek

Gretchen, dessen Frau . . . . . Mr. Unger

Kontrollist Schwengel . . . . . Mr. Henning

Hilde, dessen Frau . . . . . Mr. Henning

Marlin, Oberförster in der Waldmühle . . . . . Mr. Winkler

Loewen . . . . . Mr. Richter

Peter . . . . . Mr. Hansch

Mr. Kerner

Forstleben, Freundinnen von Pauline . . . . . Mr. Hanckow

Waldmeister . . . . . Mr. Hanckow

Zeitung . . . . . Mr. Hanckow